

DP

DEUTSCHE POLIZEI

04/25

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



KCanG

Ein Jahr Cannabisgesetz

MÄNGELEXEMPLAR

Unschlagbare Vorteile als GdP-Mitglied

In deinem GdP-Mitgliedsbeitrag enthalten:

- Beitragsfreie Rahmenanwartschaft für die Dauer der Polizeiausbildung (in allen Bundesländern mit Heilfürsorge ab Ausbildungsbeginn sowie bei der Bundespolizei)
- Unfall-Vollzugsdienstabsicherung (in den Bundesländern mit Beihilfe ab Ausbildungsbeginn)
- Unfallschutz für Dienst- und Freizeitunfälle
- Dienstaft-/Amthaftpflichtversicherung inkl. Dienstfahrzeugregresshaftpflicht
- Dienst-/Arbeits-Rechtsschutz über GdP-Rechtsschutzordnung
- Sterbegeldbeihilfe

Deine Vorteilskonditionen als GdP-Mitglied bei der SIGNAL IDUNA Gruppe und PVAG Polizeiversicherungs-AG:

- Für Polizeianwärter innerhalb der ersten 6 Monate ab Ausbildungsbeginn vereinfachte Antragstellung und keine Gesundheitsprüfung für ausgewählte Tarife in der Kranken- und Pflegeversicherung
- Echte Dienstunfähigkeits-/Polizeidienstunfähigkeitsabsicherung über GdP-Rahmenkollektivvertrag (auch für Spezialkräfte von Polizei und Zoll) mit einfacher Gesundheitserklärung innerhalb der ersten 6 Monate nach Abschluss einer Krankenvollversicherung
- Unfallabsicherung auch für Spezialeinsatzkräfte der Polizei und des Zolls
- Spezielle Leistungserweiterungen in der PVAG-Unfallversicherung für Einsatzkräfte
- Beitragsvorteil bis zu 25 % in der PVAG-Unfallversicherung
- Günstige Einstufung nach Schadenfreiheitsklasse ½ (70 %) in der Kfz-Haftpflichtversicherung für Polizeianwärter
- Besonderer Beitragsnachlass in der PVAG-Sach-/Haftpflichtversicherung
- Spezielle Leistungserweiterungen in der PVAG-Sachversicherung

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Kontaktdaten scannen!

PVAG Polizeiversicherungs-AG
Das Gemeinschaftsunternehmen
von GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe
www.pvag.de

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA

Titel

- 2 Reparaturkit für Mängel Exemplar

Innenleben Zwischenruf

- 6 „Whatever it takes“ – Wende in der Schuldenpolitik

Innenleben

Künftige Funkstreifenwagen im Blick



- 7 Aufgabenorientierte Mobilitätsbedarfe
- 8 Vermisste Wertschätzung
- 8 Hanse-Gespräche
- 10 Positionen erfolgreich eingebracht

Hermann Lutz im Gespräch



- 16 Extremisten sind nie ein Gewinn für die Menschen
- 20 GdP-Force auf der Enforce Tac
- 20 Antrittsbesuch
- 20 Gesichtserkennung als Beitrag zur öffentlichen Sicherheit
- 22 An den Beihilfeberechtigten vorbei?
- 28 Powerfrauen in Polizei und GdP

Innenleben Europa

- 24 Europäische Zusammenarbeit weiter stärken
- 25 Europaarbeit wirkt
- 26 Die innere Sicherheit der EU beginnt bereits außerhalb ihrer Grenzen

Hingeschaut

Lkw-Unfälle



- 29 Unfallanalyse und Prävention
- 32 Termine
- 32 Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

im letzten Heft hatten wir angekündigt, die digitale Ausgabe aktueller zu machen. Mit Blick auf die Tarifrunde für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst im Bund und den Kommunen haben wir bereits Wort gehalten. So soll es auch weitergehen und im Sinne der Leserschaft optimiert werden.

Die Redaktion weist gerne darauf hin, dass Leserinnen- und Lesermeinungen zu DP-Beiträgen ausdrücklich erwünscht sind. Diese werden ihren Abdruck künftig in der digitalen Ausgabe finden, siehe DP-März. Dies besitzt den Vorteil, dass die Redaktion nicht in die Lage gerät, Zuschriften aufgrund von Platzmangel kürzen zu müssen.

Zum Schluss noch ein Hinweis zum Beitrag „GEWALT GEGEN FRAUEN – Keine Toleranz!“ von unseren Autorinnen Dorothee Dienstbühl und Çiğdem „Üzüm“. Dieser Artikel aus der Märzangabe ist in der Langfassung auf der GdP-Homepage nachlesbar. Bitte „gdp.de“ aufrufen und in der Suche etwa das Stichwort „Dorothee“ eingeben. Der Titel im Netz lautet „Gewalt gegen Frauen – nur ein lästiges Modethema?“.

Eure DP-Redaktion



Zur Langfassung von
„GEWALT GEGEN FRAUEN –
Keine Toleranz!“





EIN JAHR CANNABISGESETZ – UNSERE POSITIONEN

Reparaturkit für Mängel exemplar

Was haben wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) nicht alles getan, um den Gesetzgeber zu überzeugen, noch einmal in Ruhe und mit Besonnenheit auf den Entwurf des Gesetzes zum Umgang mit Konsumcannabis (Konsumcannabisgesetz – KCanG) zu schauen. Wir haben konstruktive Stellungnahmen geschrieben, wir waren als Sachverständige mit polizeilicher Expertise und kritischer Stimme in Bundestagsanhörungen vertreten, wir haben intensiv mit der Politik gesprochen, in zahlreichen Presse-Interviews die Schwachstellen aufgezeigt und letztlich eindringliche Briefe geschrieben. Alles umsonst? Keineswegs. Zwar feiert am 1. April das KCanG seinen einjährigen Geburtstag. Mit unserem aktuellen Positionspapier bieten wir jedoch der Politik ein solides Reparaturkit an, mit dem man das Mängel exemplar Konsumcannabisgesetz aus polizeilicher Sicht und mit gewerkschaftspolitischer Perspektive funktionstüchtig bekommen kann. Denn so, wie sich das Paragrafenwerk jetzt und heute in der Umsetzung für uns Polizeibesetzte darstellt, kann es und darf es nicht bleiben.

Alexander Poitz

Festgestellt werden muss: Die GdP hat sich nie pauschal gegen eine Legalisierung von Cannabis ausgesprochen. Nicht verborgen bleibt: Mit dem seit dem 1. April 2024 in Kraft befindlichen Konsumcannabisgesetz (KCanG) schlug die Regierung einen inhaltlich sowie handwerklich ungenügenden Weg ein.

Wir halten es für falsch, die Verantwortung für dieses berauschende Mittel ausschließlich in die private Hand zu geben. Mehr Prävention bei weiteren, insbesondere legalen Rauschmitteln, wäre sinnvoller gewesen.

In der Zeit vor dem 1. April waren wir wiederum in den Medien sehr gefragt. Geburtstage sind für Nachrichtenleute Pflichttermine. Erst recht, wenn es sich um solch polarisierende Themen wie das „legale Kiffen“ handelt. Natürlich haben wir ausführlich und gern geantwortet. Zum Beispiel, dass unsere Kolleginnen und Kollegen vermehrt Sachverhalte im Zusammenhang mit Cannabis im öffentlichen als auch privaten Raum sowie im Straßenverkehr festgestellt haben. Dennoch: Nach erst einem Jahr Gesetz wird es bis zu einer ersten validen Bewertung noch dauern. Konkrete statistische Daten liegen bisher nicht vor. Unsere Prognose ist jedoch, dass unsere Kolleginnen und Kollegen vom Bundeskriminalamt Cannabis auch für das Berichtsjahr 2024 als die meistkonsumierte und gehandelte Droge in Deutschland ausweisen werden.

Und: Bei der Personalsituation und Ausstattung der Polizei, den bürokratischen Antrags- und Genehmigungsprozessen sowie der Gewährleistung der Präventionsmaßnahmen fallen weiterhin eklatante Unterschiede aufgrund der bundesweit föderalen Strukturen auf. Hat der Bund die Länder und Kommunen sehenden Auges auf sich allein gestellt? Ja. Insbesondere die Auswirkungen auf den Straßenverkehr verdeutlichen Defizite bei der personellen, technischen sowie finanziellen Ausstattung der Polizei wie unter dem Brennglas. Noch immer gibt es zum Beispiel keine geeigneten Messgeräte. Ich habe immer wieder betont: „Im Gesetz steckt viel Theorie, jedoch wenig Praxis.“ So ist es – noch!

Dass das KCanG Konsumsignale sendet, ist ein tatsächlicher Grund zur Sorge. Es gibt eine breitere Konsumentengruppe, es sind größere Mengen im Umlauf. Wir stellen einen sich ausweitenden Absatzmarkt fest so-

wie Konsumtourismus aus dem Ausland als auch negative Auswirkungen auf die Straßenverkehrssicherheit. Diese Faktoren begünstigen aus unserer Sicht neben anderen – zu erwartenden – negativen Begleiterscheinungen vornehmlich den Schwarzmarkt. Die Nachfrage, der Preis sowie der leichtere Bezug bestimmen den Markt.

Es ist richtig, wenn die Politik verspricht, den Schwarzmarkt eindämmen zu wollen. Nur, wie das Wie funktionieren soll, hat der Gesetzgeber leider versäumt darzustellen.

Die organisierte Kriminalität (OK) hatte also ausreichend Zeit, sich auf das KCanG vorzubereiten. Gestiegene Nachfrage, neue Zielgruppen, größere Mengen, Preise, Verfügbarkeit und Konsumtouristen stärken eher kriminelle Strukturen, als sie zu schwächen. Auch eine Unterwanderung der Anbauvereine ist zu befürchten. Die geschätzten Schadenssummen reichen in den Milliardenbereich.

Mit unserem Positionspapier wollen wir auch ein politisches KCanG-Ping-Pong vermeiden. Ein Aktionismus der sich findenden neuen Bundesregierung würde Ärger und Verwirrung stiften. Die von der Union ins Spiel sehr deutlich gebrachte gänzliche Rücknahme des Gesetzes führt im Übrigen keineswegs zu durchweg positiven Auswirkungen. Die längst in Gang gesetzten Prozesse, die errichteten Strukturen und getätigten Investitionen haben erkennbaren Aufwand erzeugt. Am Ende wäre dies aus unserer Sicht eine Steilvorlage für die OK.

Vor die Lage bringt uns vielmehr, dass die von der GdP zusammengefassten Kritikpunkte unvoreingenommen und fachlich bewertet werden. Würde dies zu einer baldigen Evaluierung und deutlichen Verbesserung des Gesetzes führen, wäre viel erreicht.



Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Alexander Poitz im Gespräch mit Kollegen beim Europäischen Polizeikongress.

Unsere Positionen in ihren zentralen Aussagen



Mit Blick auf die **Arbeitsbelastung** ...

... stellt die GdP fest, dass die Cannabis-Teillegalisierung in Summe nicht zu einer Arbeitsentlastung bei der Polizei führt.

Um die Arbeitsbelastung zu reduzieren, werden folgende Maßnahmen als notwendig erachtet:

- ▶ Entwicklung klarer, gut strukturierter und rechtssicherer Vorgaben für alle polizeilichen Maßnahmen, einschließlich Sicherstellung, Beschlagnahme, Tatwürfe und Sachbearbeitung.
- ▶ Personelle sowie sachbezogene Stärkung der gesamten Rechtsstaatskette (Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, weitere Behörden), um die Etablierung eines kontinuierlichen Austauschs und regelmäßige gegenseitige Rückkopplungen, etwa zur Abstimmung der Rechtsauslegung, zu ermöglichen.
- ▶ Erstellung einfach strukturierter Handreichungen durch die Landesinnenministerien, um den Polizeibeschäftigten einen schnellen Überblick und Handlungssicherheit zu vermitteln.
- ▶ Erarbeitung einer bundesweit einheitlichen Regelung, etwa in Form einer einheitlichen Polizeidienstvorschrift, zur Förderung einer effektiven und konsistenten Bearbeitung.



Mit Blick auf die **Aus- und Fortbildung der Beschäftigten** ...

... sieht die GdP einen veränderten Bedarf, den es gilt, zeitnah zu decken.

Wichtig ist aus unserer Sicht insbesondere:

- ▶ Übersichtlich gestaltetes Wissen zur Sachbearbeitung.
- ▶ Schulungen zur Drogenerkennung für Beamtinnen und Beamte im Streifen dienst.
- ▶ Nutzung des Multiplikatorenprinzips bei Schulungen, um einen größeren Teilnehmerkreis zu erreichen.
- ▶ Die strukturierte Weitergabe wissenschaftlicher Informationen zu Abbauprozess und Wirkung von Cannabis im Körper.
- ▶ Synergieprozesse mit anderen Ressorts sowie BOS aufbauen und implementieren.
- ▶ Implementierung beginnend in Curricula für Ausbildung und Studium.
- ▶ Ständige Anpassung an die zu erwartende Rechtsprechung im Kontext der Legalisierung.

Um den Schulungsbedarf zu ermitteln, ist es sinnvoll, den Bedarf bei Polizeibeschäftigten selbst zu erheben. Diese können am besten die Notwendigkeiten beschreiben, die zur Umsetzung der Regelungen erforderlich sind.



GdP-Bundesvize Alexander Poitz: Gefragter Interviewpartner zum Thema Cannabis.



Mit Blick auf die **sachliche Ausstattung** ...

... fordert die GdP spürbare Investitionen und unverzügliche Beschaffung modernster Ausstattung.

Es braucht insbesondere:

- ▶ geeichte Waagen für Handelsdelikte.
- ▶ technische Geräte zur rechtssicheren Substanzkontrolle beziehungsweise Stoffbestimmung.
- ▶ moderne Konsum- bzw. Berauschtigkeits-tests (unter anderem Speicheltests mit treffgenauem Cut-off-Wert für Konsumdelikte).
- ▶ sämtliche Gegenstände zur Sicherstellung/Beschlagnahme.

Die Gegenstände müssen in ausreichender Anzahl beschafft werden, damit sie auch im operativen Dienst bei Sofortmaßnahmen zur Verfügung stehen.



Mit Blick auf die **gesetzlichen Vorgaben** ...

... bedauert die GdP die komplizierten, uneindeutigen Regelungen und deren unstrukturierte Inkraftsetzung.

Für den Bereich der Strafverfolgung ist – um die einheitliche Rechtsanwendung sicherzustellen – die Herausgabe eines übersichtlichen Leitfadens durch die Generalstaatsanwaltschaften sinnvoll, damit die neuen auslegungsbedürftigen Regelungen trotz der äußerst kurzen Vorbereitungszeit durch die Kolleginnen und Kollegen handlungssicher umgesetzt werden können.



Mit Blick auf die **polizeiliche sowie behördenübergreifende Zusammenarbeit bei der Überwachung der rechtlichen Vorgaben** ...

... betont die GdP die Notwendigkeit einer strukturierten, auf Dauer angelegten, umfassenden Kooperation.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften, Ordnungsämtern, Führerscheinstellen und Jugend- sowie Gewerbeämtern wird als essenziell erachtet. Zur Verbesserung der Koordination auf Landesebene wird die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle vorgeschlagen, die den Informationsfluss optimieren, einheitliche Standards entwickeln und als zentrale Anlaufstelle fungieren soll.

Ferner wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit Gesundheitsbehörden empfohlen.

Es wird bemängelt, dass die Einführungsphase nicht ausreichend durch den Bund begleitet wird. Ein länderübergreifender Austausch über häufig gestellte Fragen (FAQs) oder ein zentrales Portal für Kartenmaterial und Problemlösungsansätze fehlen bislang.



Mit Blick auf die **Verkehrssicherheit** ...

... setzt sich die GdP dafür ein, dass keine berauschte Teilnahme am Verkehr stattfindet.

Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, ist die einzige Lösung perspektivisch der Nulltoleranz-Ansatz. Das heißt, dass es darum gehen muss, Cannabis, Alkohol und andere berausende Mittel am Steuer rigoros zu verbieten. Die in Kraft getretene An-

hebung des Grenzwerts auf 3,5 ng THC/ml Blutserum sendet vor diesem Hintergrund ein irriges Signal.

Die Polizei benötigt für wirksame Kontrollen der Einhaltung der Verkehrsregeln moderne Nachweis-/Analyseinstrumente. Diese müssen unverzüglich beschafft, kontinuierlich (weiter)entwickelt und den Beschäftigten in Kombination mit entsprechenden Schulungen zur rechtssicheren Anwendung zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern in diesem Zusammenhang:

- ▶ die mit finanziellen Mitteln geförderte Erforschung,
- ▶ die bundesweite Standardisierung und
- ▶ die koordinierte Einführung und flächendeckende Beschaffung von speziellen Cannabis-Vortests (Speichel/ Urin), die in der Lage sind, insbesondere in Bezug auf den Verkehr erst auf die eingeführten 3,5 ng/ml Blut anzuschlagen.

Kommt es zu festgestellten Verstößen, so müssen die zu verhängenden Strafen empfindlich sein. Die Strafen für Verkehrsverstöße in Deutschland erachten wir strukturell als zu gering. Andere Länder sind da zu Recht viel härter. Wünschenswert wäre auch, dass die Sicherstellung und Veräußerung von Fahrzeugen bei Wiederholungstätern möglich gemacht wird.



Mit Blick auf die **Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Kontext von Cannabis** ...

... fordert die GdP die Stärkung der Kriminalpolizei von Bund und Ländern:

Stärkung der Ermittlungskapazitäten

- ▶ Erhöhung der Zahl spezialisierter Ermittler, vornehmlich im Bereich der Bekämpfung illegaler Glücksspiele und anderer Formen der Organisierten Kriminalität.
- ▶ Verbesserung der digitalen Ausstattung und IT-Unterstützung für Ermittlungsbehörden.

Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit.

- ▶ Vorantreiben neuer internationaler Sicherheitsabkommen zur effektiveren Be-



Im Gesetz steckt viel Theorie, jedoch wenig Praxis.

kämpfung grenzüberschreitender Organisierter Kriminalität.

- ▶ Verstärkung des Informationsaustauschs und der operativen Kooperation mit ausländischen Partnerbehörden.

Ganzheitlicher Behördenansatz

- ▶ Förderung von Verbundeinsätzen auf kommunaler Ebene unter Einbeziehung von Ordnungsamt, Polizei, Zoll und Finanzamt.
- ▶ Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf Bundes- und Länderebene.

Digitalisierung und Modernisierung

- ▶ Umsetzung einer „Digitaloffensive“ zur Entlastung von Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben.
- ▶ Investitionen in moderne, automatisierte Analysetechnologien zur Erkennung von Mustern und Strukturen der Organisierten Kriminalität.

Rechtliche Anpassungen

- ▶ Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung des rechtlichen Rahmens zur effektiveren Bekämpfung neuer Formen der Organisierten Kriminalität.
- ▶ Stärkung der rechtlichen Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung bei kriminellen Organisationen.

Prävention und Sensibilisierung.

- ▶ Entwicklung und Umsetzung von Präventionsprogrammen zur Verhinderung der Rekrutierung von Personen durch kriminelle Organisationen.
- ▶ Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Gefahren und Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität.



Mit Blick auf **Drogenprävention und Suchthilfeprogramme für Beschäftigte ...**

... muss sichergestellt sein, dass Beschäftigte einen gesunden Umgang mit Sucht- und Genussmitteln pflegen und bei möglichen Suchtproblematiken niedrigschwellige Unterstützung erfahren.

Aus Sicht der GdP müssen für die Polizei der Länder und des Bundes

- ▶ professionelle, hauptamtliche Strukturen geschaffen werden.
- ▶ sowie niedrigschwellige, barrierearme, persönliche Beratungsangebote.
- ▶ im eigenen – örtlichen – Dienstbereich innerhalb der Polizeiorganisation.
- ▶ für die Beschäftigten aller Dienstzweige im Polizeidienst.
- ▶ Die Führungsbildung ist zu gewährleisten.

Diese Aufgabe ist von einem Personenkreis zu gewährleisten, der den Anforderungen des Paragraphen 53 Abs. 1 Nr. 3–3 b Strafprozessordnung (StPO) entspricht, die keine Polizeibeamtinnen und -beamten sind und nicht dem Legalitätsprinzip unterliegt.

Personalräte haben durch die Mitbestimmungstatbestände, etwa beim Gesundheitsschutz, ein Initiativrecht zum Abschließen von Dienstvereinbarungen, um die Suchtprävention zu regeln. Gefährdungsbeurteilungen sind durch die Legalisierung von Cannabis zu aktualisieren.



Mit Blick auf die **weiteren innerdienstlichen Regelungen ...**

... braucht es klare Vereinbarungen und Vorgaben, die den Polizeibeschäftigten Handlungssicherheit geben und ihnen sowohl eine sichere Dienstausbübung als auch die private Lebensgestaltung ermöglichen.

In Anbetracht der gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und der derzeitigen Testmöglichkeiten plädiert die GdP für eine Nulltoleranz-Grenze bei der Ausübung der Dienstgeschäfte – zu ihrem eigenen Schutz sowie dem Schutz der Kolleginnen und Kollegen und der Allgemeinheit. Für die GdP ist klar: Analog den Regelungen zum Alkohol kann der Dienst nicht unter Einwirkung jeglicher berauschenden Mittel abgeleistet werden.

Führungskräfte sind unter arbeitsmedizinischen Gesichtspunkten zu schulen, um Anzeichen von Berauschtigkeit zu erkennen.

Im außerdienstlichen Bereich ist auch für Beamtinnen und Beamten kein Verbot des Konsums eines legalen Rauschmittels her-

leitbar. Die Dienstherren sind aufgefordert, Detailfragen, die sich für Polizeibeschäftigte durch die Legalisierung von Cannabis ergeben – sei es in Bezug auf die Polizeidienstfähigkeit, den Besitz von Cannabispflanzen im Ausbildungswohnheim oder den Cannabiskonsum bei mehrtägigen Einsätzen –, für alle Polizeibeschäftigten schnell, klar und rechtssicher zu regeln.



Mit Blick auf die **Kostenfrage ...**

... stellt die GdP fest, dass aus der Cannabis-Freigabe Mehrkosten im Polizeibereich entstehen. Die Ausgaben müssen im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung angemessen berücksichtigt werden. ■



GdP/Zelisko

DP-Autor Alexander Poitz

ist stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Kriminalpolizei und Kriminalpolitik. Gemeinsam mit seinem Bundesvizekollegen Michael Mertens und GdP-Chef Jochen Kopelke hat er den gesamten KCanG-Gesetzgebungsprozess intensiv gewerkschaftlich und medial begleitet.



GdP/Kay Herschelmann



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bundesvorstand

SONDIERUNGS- UND KOALITIONSVERHANDLUNGEN CDU/CSU UND SPD

„Whatever it takes“ – Wende in der Schuldenpolitik

„Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: Whatever it takes“, äußerte Friedrich Merz am 5. März bei der ersten Pressekonferenz zu den Sondierungsgesprächen zwischen Union und SPD.

Mit dieser kraftvollen Botschaft und in konstruktiver Zusammenarbeit sondierte Merz, mit dem Ziel, eine Regierungskoalition und eine neue Bundesregierung zu bilden. Laut Merz soll es ein 10 Jahre laufendes Sondervermögen über 500 Milliarden Euro für Infrastruktur geben, 100 Milliarden Euro für Länder und Kommunen, 400 für den Bund. Das entspricht 40 Milliarden Euro pro Jahr. Ausgaben im Verteidigungshaushalt, die ein Prozent des BIP überschreiten, sollen von der Schuldenbremse ausgenommen werden.

Weitere Sondierungsvorschläge sind vorwiegend im Bereich der Migrationspolitik und Bundespolizei öffentlich geworden. Die Sondierungsspitzen empfahlen ihren Parteien, am 8. März, dem Internationalen Weltfrauentag, in Koalitionsverhandlungen einzusteigen. Parallel bemühte sich Merz auch um Mehrheiten im Bundesrat und dem alten Bundestag, um diese Vorschläge in geltendes Recht umzusetzen. Und der neue Deutsche Bundestag konstituierte sich für seine zahlreichen und schwierigen Aufgaben Ende März, weit nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe.

Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben wir sowohl für das neue Europaparlament als auch für den neuen Deutschen Bundestag unsere Erwartungen formuliert und sehen uns durch unsere Bundeskongressanträge von 2022 kräftig unterstützt.

Wir streiten jetzt mit anderen Akteuren um wesentliche und zukunftsweisende Veränderungen im Bereich der Inneren Sicherheit, der Polizei und Sicherheitsbehörden auf Bundesebene, natürlich um Rente, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Besoldungsaspekte, für Personalzuwachs und die Modernisierung der Kriminalitätsbekämpfung.

Und das ist auch bitter notwendig! Denn aus den Bereichen der Kriminalpolizei nehmen wir den Kollaps in den Strafverfolgungsbehörden. Aus den Cyberdienststellen werden uns dramatische, hybride Angriffe und OK-Kriminalität gemeldet, Objektschützer müssen immer mehr Objekte und Menschen schützen, die Bereitschaftspolizei muss für den Spannungs- und Verteidigungsfall ertüchtigt werden und unsere Polizeiverwaltung den Nachwuchsmangel und Bürokratieberg stemmen.

Unsere Tarifbereiche benötigen bessere Tarifverträge und die Herausforderungen für die Polizei auf der Ostsee und gegen Spionagedrohnen fordern Verfassungsschutz, Polizei und Bundeswehr zugleich.

Wir stecken also alle in der Klemme und in verdammt gefährlichen Zeiten. Wir brauchen neben einer starken, lauten Gewerkschaft der Polizei auch eine kraftvolle neue Bundesregierung und Bundestagsfraktionen.

Ob wir das jetzt schon während der Koalitionsverhandlungen erkennen werden, kann ich bisher nicht beurteilen, aber wie leise es um die Themen der Inneren Sicherheit ist, lässt mich vorsichtig werden.

Ist es leise, weil alles klar ist und alle bereit sind, massiv in Geld, Personal, Befugnisse und Technik zu investieren? Oder ist es so still, weil die laute Außenpolitik von Problemen im Inland ablenken soll?

Die Veröffentlichungen der polizeilichen Kriminalstatistiken zeigen, wie sich die Kriminalität in Deutschland entwickelt. Die Aufklärungsquote verdeutlicht, vor welchen großen Herausforderungen wir im Polizeialltag stehen. Die Verurteilungsstatistik der Justiz offenbart, wie schlecht es um die Strafverfolgung steht: Massendelikte, Massendaten, Täter, die keine Grenzen kennen, Verfahren, in denen erst nach Jahren angeklagt wird.

So darf es nicht weitergehen, wir müssen effektive Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gewährleisten. Dafür braucht es endlich eine deutsche Sicherheitsstrategie, die die Justiz beinhaltet.

Ich erinnere noch einmal daran, dass wir bereits im vergangenen Dezember – nach dem Auseinanderbrechen der Ampel – mit unserem Impulspapier „Die Innere Sicherheit Deutschlands wirksam stärken“ starke Signale an die Politik gesendet haben. Wir haben sehr deutlich klargestellt, dass die GdP als Expertin für Sicherheit weiß, was die Beschäftigten in der Polizei im Bund und den Ländern sowie die Sicherheitsbehörden generell für ihre Arbeit dringend benötigen. Unsere Schwerpunkte bilden ebenso europäische und internationale Erfordernisse ab. Wir sind auch auf den Parteitagen der demokratischen Parteien gewesen und in den direkten Austausch gegangen.

Unsere Botschaft lautet weiterhin: Von einer neuen Bundesregierung erwartet die GdP Aufmerksamkeit und die schnelle Umsetzung unserer Forderungen.

- ▶ **Sondervermögen Innere Sicherheit**
- ▶ **ein nachhaltiger großer Haushalt und moderne Ausstattung**
- ▶ **beschleunigte Digitalisierung und praxistaugliche Befugnisse**
- ▶ **Reduzierung der Datenschutzshürden**
- ▶ **mehr Personal, auch im Verwaltungsbereich**
- ▶ **Standards wie Gleiche Arbeit, gleiches Geld**
- ▶ **Schutz der Polizeibesetzten**
- ▶ **Rente, Sozialversicherungen**
- ▶ **intensivierte europäische und internationale Zusammenarbeit**

Jochen Kopelke
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Innenleben



KÜNFTIGE FUNKSTREIFENWAGEN IM BLICK

Aufgabenorientierte Mobilitätsbedarfe

In einer Serie von fünf DP-Beiträgen beleuchtet eine AG des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA Schupo) das Thema „Funkstreifenwagen“. Mit dem Beitrag „Aufgabenorientierte Mobilitätsbedarfe“ startet in der vorliegenden Ausgabe die Reihe, berichtet die BFA-Vorsitzende Meike to Baben.

Meike to Baben

Was wir machen? Wir möchten für Euch einen sicheren, modernen, komfortablen und gut ausgestatteten Arbeitsplatz schaffen. Dafür formulieren wir das neue Positionspapier für die GdP.

Das Polizeifahrzeug der Zukunft verkörpert modernste Technologie, um die Sicherheit und Effizienz im urbanen und ländlichen Raum zu maximieren. Ausgestattet mit fortschrittlichen KI-Systemen, autonomer Fahrtechnik und nachhaltigen Energiequellen, ermöglicht es eine proaktive Kriminalitätsbekämpfung und schnelle Notfallreaktion. Sensoren und Echtzeit-Datenanalyse unterstützen die Einsatzkräfte, präzise Entscheidungen zu treffen, während der nahtlose Informationsaustausch mit Einsatzzentralen und anderen Einheiten die Zu-

sammenarbeit verbessert. Komfortable und ergonomische Designs fördern das Wohlbefinden der Beamten, während das emissionsfreie Antriebssystem zur Umweltfreundlichkeit beiträgt. Dieses Fahrzeug ist nicht nur ein Werkzeug, sondern ein strategischer Partner im Dienst der Gemeinschaft.

Die Situation am Fahrzeugmarkt befindet sich aktuell in einer Umbruchphase. Aufgrund politischer und ökologischer Bestrebungen wird das klassische Verbrennerfahrzeug bald nur noch eine untergeordnete bis gar keine Rolle mehr spielen. Hybrid- und reine Elektrofahrzeuge verändern bereits jetzt den Markt und werden die Zukunft der individuellen Mobilität darstellen.

Aufgabenorientierte Mobilitätsbedarfe

Alle bisherigen Einsatzkonzepte der Polizei sind auf die Verfügbarkeit von Fahrzeugen

mit Verbrennungsmotoren, entsprechen den Reichweiten beziehungsweise schneller Energiezufuhr ausgerichtet. Bei der künftigen Fahrzeugausstattung mit elektrischen Antrieben ist hierzu der Aufgabenbereich, die Schaffung von Mobilitätsredundanzen und gegebenenfalls auch ein Paradigmenwechsel bei der Mobilität per se zu betrachten. Hierbei unterscheiden wir klar in verschiedene Einsatzbereiche:

- a. Schutz- und Wachdienst
- b. Kriminaldienst
- c. Stabsdienst
- d. Operative Spezialeinheiten
- e. Versorgung
- f. Bereitschaftspolizei

Bei der Bewertung müssen künftig neben den bekannten Parametern wie Reichweite, Zuladung, Betankungs- und Ladezeit noch die tatsächlichen Fahrprofile der Organisationseinheit, der Nutzungszeitraum sowie die geografische Lage der Einheit beziehungsweise Behörde einbezogen werden.

Im Schutz- und Wachdienst zum Beispiel muss die Streifenbesatzung 24/7 in der Lage sein, den Einsatzort ohne zusätzlichen Zwischenstopp für Energiezufuhr erreichen zu können.

In unserem Positionspapier, das wir erstellen, gehen wir dezidiert auf alle Aspekte ein.

Solltet Ihr Anregungen für uns haben, dürft Ihr uns gerne Eure Gedanken mitteilen. Bitte nutzt dazu die E-Mail-Adresse: gdp-bund@gdp.de und das Stichwort „Funkstreifenwagen“.

Fortsetzung folgt – in der nächsten DP gehen wir auf das Thema „Energiekonzept / Ladeinfrastruktur“ ein...

DP-Autorin Meike to Baben



Die Nordrhein-Westfälin führt seit November 2021 als Vorsitzende den GdP-Bundesfachausschuss Schutzpolizei (BFA Schupo) an.

Innenleben

TARIFRÜCKBLENDE: ÜBERSCHATTET DURCH MÜNCHNER ANSCHLAG

Vermisste Wertschätzung



Verhandlungsparteien senden Signal der Solidarität.

Michael Zielasko

Überschattet von dem schrecklichen Anschlag in München mit zwei Toten und zahlreichen, teils schwer verletzten Menschen fanden sich Mitte Februar zum zweiten Verhandlungstermin der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst im Bund und den Kommunen zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Potsdam ein.

Sie alle drückten ihre Trauer und Solidarität mit den Opfern der heimtückischen Tat aus. Der Täter war wenige Tage zuvor mit einem Auto in eine Gruppe ver.di-Demonstrierender gerast. Die Tarifparteien seien vereint im Schmerz, aber auch in Solidarität und Verantwortung, hatte die Präsidentin der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA), Karin Welge, zuvor betont. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte, es habe Menschen getroffen, die eines der wichtigsten Rechte wahrgenommen haben,

die die freiheitliche Demokratie bietet: ihr Demonstrations- und Streikrecht.

„Wir sehen Euch, und wir sehen, dass Ihr heute da seid. Danke an die, die in Blaulichtberufen tätig sind. Wir stehen hier und heute gemeinsam – mit den Werten, die uns zusammenbringen: Gemeinschaft, Solidarität und dem Willen, Menschen zu helfen“, erklärte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke in seiner Ansprache. Den verletzten Kolleginnen und Kollegen wünschte er im Namen der Gewerkschaften eine schnelle und vollständige Genesung und sprach den Trauernden Mitgefühl und Beileid aus. Nach den folgenden Verhandlungen zeigte sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) enttäuscht über das erneute Ausbleiben eines Angebots der Arbeitgeber von Bund und Kommunen. Wertschätzung durch den Arbeitgeber sehe anders aus, betonten die GdP-Verhandler.

Die GdP kündigte die Vorbereitung von Aktionen an. ■



Gemeinsame Werte: GdP-Chef Jochen Kopelke bei seiner Ansprache.



In Gedenken an die Opfer des Münchner Anschlags auf eine ver.di-Demonstration.



Hanse-Gespräche

Redaktion

Mit dem Jahreswechsel wurde der Staffeltab des Vorsitzes der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, kurz IMK, getreu der üblichen alphabetischen Reihenfolge von Brandenburg nach Bremen weitergereicht. Mitte Februar trafen sich der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke (l.) und der amtierende IMK-Vorsitzende und Bremer Senator für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer (SPD), zu einem gewerkschaftspolitischen Meinungsaustausch.

In konstruktiver und offener Atmosphäre erörterten beide die fünf IMK-Schwerpunkte des Senators: Innere Sicherheit stärken, Femizide verhindern, Silvester verändern, Migration steuern und Sportwetten einschränken.

Ein weiteres Augenmerk legten der Politiker und der Gewerkschafter auf die Polizeikosten und die Reduzierung von Arbeitsstunden der Polizei bei Fußballereinsätzen.

Sowohl Mäurer als auch Kopelke freuten sich indes über das Wiedersehen im Bremer Innenressort. Beide verbindet eine gemeinsame Zeit guter, vertrauensvoller Zusammenarbeit in der Hansestadt in verschiedenen Rollen und Funktionen. ■



Zum Instagram-Auftritt des Senators für Inneres und Sport Bremen



GdP-Plus
Partner

Gewinnspiel 2025

mit unserem Partner



Besuche unsere Webseite www.gdp-plus.de,
beantworte die Gewinnspielfragen
und versuch Dein Glück!



Das COMPEL HTE 570 EQ WAVE E-Trekkingbike mit Federgabel vereint starke Leistung und komfortables Design – ideal für alltägliche Fahrten und längere Touren.

Lass dir diese Chance nicht entgehen!

Teilnahmeschluss 30.06.2025



Innenleben



Unser GdP-Team beim VGT: DP-Autor Ringo Drews (vorne rechts) ist als Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHöVPR) M-V auf dem Gebiet des Verkehrsrechts in der Aus- und Fortbildung sowie des Studiums tätig. Hinten rechts der für Verkehrspolitik zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Michael Mertens.

TEAMARBEIT BEIM DEUTSCHEN VERKEHRSGERICHTSTAG

Positionen erfolgreich eingebracht

Ende Januar kamen zum traditionell in Goslar veranstalteten Deutschen Verkehrsgerichtstag (VGT) Juristen, Verkehrsrechtsexperten, Politiker und andere Vertreter aus der Praxis zusammen, um aktuelle Themen und Herausforderungen im Bereich der Verkehrssicherheit zu diskutieren. Ziel der 63. Ausgabe des VGT war es, sich mit rechtlichen und praktischen Fragen des Verkehrsrechts auseinanderzusetzen, Lösungen zu erarbeiten, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen beitragen.

Ringo Drews

Die Teilnahme von GdP-Delegationen hat Tradition. Erstmals jedoch waren wir als Fachexpertinnen und -experten des Bundesfachausschusses Verkehr der Gewerkschaft der Polizei in den für die Polizei relevanten Arbeitskreisen vertreten.

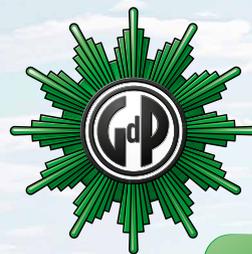
Nach der Eröffnungsveranstaltung in der historischen Kaiserpfalz wurde unter engagierter GdP-Beteiligung an den darauffolgenden Tagen in den Arbeitskreisen diskutiert, Empfehlungen beschlossen und zur Umsetzung an die Politik adressiert.

AK I: Cannabis

Beschäftigt wurde sich mit den vielfältigen Herausforderungen, die der Cannabis-Missbrauch im Straßenverkehr mit sich bringt. Schnell war sich die interdisziplinäre Expertengruppe einig, der auch unsere Vertreter des BFA-Verkehr Sabrina Müller-Hennig (Hamburg) und Sebastian Bernsdorf (Nordrhein-Westfalen) angehörten: Die Erhöhung

Schenk Dir was!

Denn jedes Osterei birgt Vorteilspreise für Dich!



GdP-Plus
Partner



Nutze für Dich und Deine Familie die Rabatte der GdP-Plus Partner!

Einfach einloggen und shoppen:



Hier zum
Easy-Login!



Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Weitere Infos: www.GdP.de



Reichlich Medienarbeit: GdP-Bundesvize Michael Mertens als gefragter Verkehrsexperte.

des THC-Grenzwertes wird nicht mitgetragen. Sie birgt Gefahren für die Verkehrssicherheit und schafft zahlreiche Probleme für die Arbeit von Polizei, Fahrerlaubnisbehörden und Begutachtungsstellen.

Aus polizeilicher Sicht wurde festgestellt, dass es sich als schwierig darstellt, den Gebrauch von Cannabis bei Verkehrsteilnehmern zuverlässig aufgrund unterschiedlicher und nicht beweissicherer Vorstellungsverfahren festzustellen. Standardisierte bundesweite Tests und Geräte fehlen, insbesondere für den Einsatz vor Ort. Cannabis beeinflusst die Fahrtüchtigkeit zudem auf komplexe Weise. Die Dauer und Intensität der Wirkung von Cannabis können individuell stark variieren. Hierzu wurde sich zwischen den Fahreignungsprüfern, Fahrerlaubnisbehörden und Medizinerinnen intensiv über die Begutachtungslinien ausgetauscht und eine zügige Anpassung an die aktuellen wissenschaftlichen Standards gefordert.

Die Expertengruppe hat klargestellt, dass vorwiegend beim Mischkonsum von Cannabis inklusive Medizinalcannabis und Alkohol eine Nulltoleranz-Strategie gelten muss. Weiter fordert der Arbeitskreis auf

Initiative des polizeilichen Referenten André Gorgs vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW mit gewerkschaftlicher Unterstützung, dass die Bundesregierung beziehungsweise der Gesetzgeber ausdrücklich und dringend die zeitnahe Entwicklung und Einführung einheitlicher, zuverlässiger Testverfahren und Geräte zur Feststellung des Cannabisgebrauchs vor Ort, auch hinsichtlich der verschiedenen Grenzwerte, unterstützt. Begrüßt wird das Vorhaben des Gesetzgebers, bei Gefahrguttransporten THC-Nüchternheit festzulegen.

Des Weiteren wurde sich einhellig für eine Intensivierung der Aufklärungs- und Präventionsarbeit bezüglich der Risiken des Cannabiskonsums, sowie der geltenden Rechtslage ausgesprochen.

„Die unmissverständlichen Ergebnisse des Arbeitskreises verdeutlichen den hohen Stellenwert der Vision Zero in der Verkehrssicherheit und zeigen die negativen Auswirkungen der ‚übers Knie gebrochenen‘ Teillegalisierungsnovelle auf. Es gibt dringenden Handlungsbedarf für den Gesetz- und Verordnungsgeber!“, bilanziert Bernsdorf.

Arbeitskreis II: Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU)

Aufgrund des Florierens unseriöser, unqualifizierter Vorbereitungskurse für die Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) ist man der Frage nachgegangen, ob es eine umfassende Regulierung braucht. Der Brandenburger BFA-Kollege Thomas Knaack diskutierte mit.

Im Ergebnis ist klargestellt worden, dass eine qualifizierte Vorbereitung auf die MPU einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit leistet. Daher ist es erforderlich, dass die zuständigen Fahrerlaubnisbehörden die Betroffenen schnellstmöglich – entgegen der bestehenden Praxis – über fahrerlaubnisrechtliche Folgen (etwa MPU) informieren. Bestehende Mitteilungspflichten an die Fahrerlaubnisbehörden, wie sie in Paragraph 2 Abs. 12 Straßenverkehrsgesetz (StVG) und Nr. 45 Abs. 1 und 2 Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra) festgeschrieben sind, die zeitnah erfolgen sollten, werden als ausreichend angesehen.

PROFESSIONELLE POLIZEILICHE GESPRÄCHSFÜHRUNG

Ein Lehr- und Trainings-Handbuch mit praxisnahen Übungen

Von **Susanna Nolden**.

2. Auflage 2023

Umfang: 232 Seiten

Format: DIN A5, Broschur

Preis: 26,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0929-5

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 24,99 € [D]

Im Polizeialltag treffen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte immer wieder auf Situationen und Menschen, die sie in höchstem Maße fordern – auch kommunikativ. Dieses Lehr- und Trainingsbuch zeigt anhand verschiedener Gesprächssituationen auf, wie die Polizei etwa in schwierigen Lagen mit psychisch kranken oder psychisch gestörten Personen wie auch im Umgang mit Gewalttätern oder Opfern einer Straftat zu einer professionellen polizeilichen Gesprächsführung findet.

Besonders an diesem Werk ist, dass die Gesprächsführung als Teil der polizeilichen Lagebewältigung betrachtet wird. Bei dem daraus entwickelten Kommunikationsmodell orientiert sich die Autorin an der Struktur der polizeilichen Arbeitsweise, indem sie die drei Phasen der Gesprächsführung (Eröffnungsphase, Maßnahmenphase und Abschlussphase) mit dem klassischen Modell der Einsatzlehre (Vorbereitung, Aktion und Nachbereitung) koppelt.



DIE AUTORIN

Susanna Nolden, Regierungsdirektorin a.D.
Lehrt Psychologie und Einsatztraining an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) in Kassel, zurzeit als Lehrbeauftragte.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Anbieter von MPU-Vorbereitungsmaßnahmen, die die FFI-Kriterien (Fahreignungsfördernde Interventionen) erfüllen, sollten in Positivlisten erfasst und von den Fahrerlaubnisbehörden herausgegeben werden. Mit Sorge wird eine Zunahme an Manipulationsversuchen und Straftaten im Fahrerlaubnisverfahren beobachtet. Täuschungen und Fälschungen müssen angezeigt und mit allen verfügbaren strafrechtlichen Mitteln bekämpft werden, so eine Empfehlung des Arbeitskreises.

Arbeitskreis IV: Die „sieben Todsünden“

Die „sieben Todsünden“ des Paragraphen 315c Strafgesetzbuch (StGB) wurden im Arbeitskreis IV auf den Prüfstand gestellt. Festgestellt wurde, dass die derzeit aufgeführten „Todsünden“ nicht mehr die Realität widerspiegeln. Künftig sollte sich die Norm an den Hauptunfallursachen orientieren.

Ein Novum stellt auf Initiative des GdP-BFA-Verkehr an dem Yannick Porepp (Schleswig-Holstein) teilnahm, die Empfehlung der Aufnahme des Schutzes von Einsatzkräften an Unfallstellen dar. So argumentierte Porepp: „Aus Sicht der GdP, aber auch aus meiner ganz persönlichen Sicht als Autobahnpolizist, erscheint es nicht einleuchtend, dass von der Theorie her aktuell auch Polizeibeamte bestraft werden würden, wenn sie einen ‚Liegenbleiber‘ nicht richtig absichern, so wie es eine der Todsünden, hier Paragraph 315c Abs. 1 Nr. 2g StGB, bisher vorsieht. Diejenigen, die allerdings in eine von der Polizei abgesicherte Unfallstelle fahren und dadurch für eine erhebliche Gefahr sorgen, werden nach diesem Paragraphen nicht bestraft. Das ist ein Ungleichgewicht, welches die GdP vornehmlich mit Blick auf zurückliegende Fälle, bei denen Einsatzkräfte im Zusammenhang mit der Absicherung ums Leben gekommen sind, nicht hinnehmen können. Daher fordern wir im Sinne der Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen, aber auch aller anderen im Straßenverkehr arbeitenden Akteure, dass eine entsprechende Formulierung in den § 315c StGB mit aufgenommen wird.“

Obwohl es dazu auch kritische Wortbeiträge gab wie „Nur, weil die Polizei sich unwohl fühlt, führen wir doch keine weitere Tatalternative ein!“, wurde die Empfehlung

ausgegeben, dass eine rücksichtslose und grob verkehrswidrige Gefährdung an Arbeitsstellen, Unfallstellen und liegengebliebenen Fahrzeugen unter Strafe zu stellen ist.

Ferner haben wir als GdP einen zweiten Erfolg erlangen können. So konnten die Anwesenden davon überzeugt werden, dass die Ablenkung durch elektronische Geräte als Gefährdungstatbestand als Empfehlung mitaufgenommen wird.

Arbeitskreis VI: Fußgänger

Im Arbeitskreis VI wurde der Fokus auf die Fußgänger gelegt. Diese müssen als ungeschützte Verkehrsteilnehmende stärker geschützt und die Unfälle unter deren Beteiligung deutlich gesenkt werden. So gilt es, durchgängige und barrierefreie Fußwegnetze zu errichten und dabei einen sicheren und selbsterklärenden Verkehrsraum zu schaffen. Fuß- und Radwege sind dabei möglichst voneinander zu trennen. Die Kontrollichte und das Sanktionsniveau sind zu erhöhen sowie Regelverstöße konsequent zu ahnden. Kampagnen sowie die haupt- und ehrenamtliche Präventionsarbeit sind zu fördern. Dabei sollen die Kommunen einen größeren Handlungsspielraum für präventive Verkehrssicherheitsmaßnahmen erhalten (Wegfall des Gefährdungsnachweises nach Paragraph 45 Abs. 9 Satz 3 Straßenverkehrsordnung (StVO)).

Arbeitskreis VII: Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit

Die Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit stellt im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit ein zentrales Element dar. Zunehmend entwickeln die Polizeien verschiedener Bundesländer Konzepte im Kontext der sogenannten Standardisierten Fahrtüchtigkeitstests (SFT). Dabei wird es zunehmend als problematisch angesehen, dass diese Testverfahren auch zur Feststellung von fahreignungsrelevanten Mängeln eingesetzt werden, obwohl die Überprüfung der Fahreignung allein der Fahrerlaubnisbehörde zusteht.

So stellte sich der Arbeitskreis VII, an dem der Autor als Vertreter des BFA-Verkehr teilnahm, die Frage: „Wie kann, darf und soll die Polizei die Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugführenden prüfen und dabei

zwischen Fahrsicherheit und Fahreignung differenzieren?“

Nach drei Fachvorträgen, die sich mit den jahrelangen Erfahrungen der Landespolizei Hamburg um SFT, rechtsmedizinischen Aspekten und der Perspektive betroffener Fahrzeugführenden beschäftigten, wurden in einer sich anschließenden, in Teilen auch hitzigen, Diskussion Vor- und Nachteile sowie Vorurteile und Bedenken angesprochen.

Einig war sich der Arbeitskreis, dass die polizeilichen standardisierten Fahrtüchtigkeitstests ein wertvolles Instrument sind, um die Verkehrssicherheit, vor allem im Bereich der Drogen- und Medikamentenerkennung sowie der Erkennung psychomotorischer Einschränkungen zu erhöhen und die Verdachtsgewinnung einer bestehenden Fahrunsicherheit bei Fahrzeugführenden zu verbessern. Der Arbeitskreis hat sich deutlich zu bundeseinheitlichen Standards und Regeln bekannt, die für Klarheit und Verlässlichkeit sorgen sollen. Dabei ist eine einheitliche Anwendung der Fahrtüchtigkeitstests einschließlich ihrer Dokumentation herzustellen. Hohe fachliche Qualität und regelmäßige Schulungen für Polizeibeamtinnen und -beamte sind dabei unerlässlich. Die Schaffung von klaren Standards bedeutet mehr Handlungs- und Rechtssicherheit für die Polizei.

Weiterhin wurde in den Empfehlungen aufgenommen, dass die Durchführung der SFT nicht anlasslos (!) erfolgen darf. Betroffene Fahrzeugführende sind in verständlicher Weise über die Freiwilligkeit der Mitwirkung an den Tests im Vorfeld der Durchführung zwingend zu belehren. Auch die polizeiliche Sicherstellung des Führerscheins ohne Straftatverdacht wurde durch die Teilnehmenden kritisch betrachtet.

Wir sind davon überzeugt, dass das positive Bekenntnis zu den polizeilichen SFT einen weiteren wichtigen Beitrag im Rahmen der Verbundstrategie zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr leistet. Diese Maßnahme unterstützt die Umsetzung der Strategie Vision Zero konsequent!

Arbeitskreis VIII: Fahrgastrechte im Schienenersatzverkehr

Der Arbeitskreis VIII beschäftigte sich mit den aktuellen Problemen bei Fahrgastrechten im Schienenersatzverkehr (SEV). Für

den BFA Verkehr nahm Guido Leese vom Landesverband Berlin teil.

Anschaulich dargelegt wurde, dass der SEV, der aufgrund zunehmender baulicher Maßnahmen am Schienennetz an Relevanz zunimmt, gesetzlich nicht definiert ist, in der Eisenbahn-Fahrgastrechte-VO (EU) 2021/782 nicht erwähnt oder gesetzlich geregelt ist. Zudem sind die Umsteigezeiten häufig nicht gut getaktet, sodass insbesondere auch körperlich eingeschränkte Fahrgäste unter Zeitdruck geraten – vornehmlich, wenn keine oder nur unzureichende Barrierefreiheit vorhanden ist. Hinzu kommt, dass die Abfahrtsorte nicht im Sinne einer guten Verkehrssicherheit ausgestaltet sind. Es fehlen etwa Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen (auch provisorische), um die Fahrgäste sicher auf andere Straßenseiten gelangen zu lassen.

Weiter wurde aufgezeigt, dass es mit Blick auf den Schienenersatzverkehr so-

wohl bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge als auch bei der Bereitstellung von qualifiziertem Fahrpersonal Probleme gibt.

„Es ist erschreckend, zu hören, dass sowohl in der Europäischen Union (EU), als auch im nationalen Recht nahezu alles geregelt ist oder zu sein scheint. Nur Fahrgastrechte, die bei einer Verkehrswende noch deutlicher zum Tragen kommen sollten, nicht“, so Leeses erstes Fazit.

Im Ergebnis einer sich anschließenden regen Diskussion wurden gute, tragfähige Lösungen erarbeitet. Sein Resümee nach den beiden aufregenden Tagen: „Für mich, auch als Vertreter der GdP, war es wichtig, dass die Verkehrssicherheit eine tragende Rolle behielt und die Barrierefreiheit angemessen berücksichtigt wird.“

Für uns alle, die am VGT 2025 teilnahmen, war es eine großartige und auch spannende Erfahrung. In den verschiedenen Arbeitskreisen konnten wir unsere Ideen und Gedanken einbringen und in polizeilich besonders relevanten Stellen wie unserem Arbeitsraum Straße (AK IV) auch durchsetzen. Überdies bot die Veranstaltung eine Plattform für den Austausch von Ideen und Erfahrungen sowie um neue Kontakte zu knüpfen, um die Verkehrspolitik und -praxis auch zukünftig weiterzuentwickeln. Wir bleiben für euch dran!



Zu den vollständigen
VGT-Empfehlungen

ANZEIGE

Bestelle jetzt deinen GdP-Mitgliedsausweis!



Ansprechpartnerin bei der OSG ist Michaela Vogt.

Sende dein Foto sowie deine GdP-Mitgliedsnummer per Mail direkt an:
mitgliedsausweise@gdp.de



ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Postfach 10 03 09 · 40703 Hilden
www.osg-werbemittel.de

Innenleben

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Sie ist eine Erfolgsgeschichte. Daran haben Menschen mitgearbeitet, mit denen DP in dieser und den kommenden Ausgaben sprechen wird: ihre Vorsitzenden.



1989: Hermann Lutz (m.) spricht mit der Besatzung eines Einsatzwagens an der Mauer vor dem Brandenburger Tor kurz nach der Grenzöffnung.

HERMANN LUTZ IM GESPRÄCH

Extremisten sind nie ein Gewinn für die Menschen

Das DP-Videointerview ist für 10:00 Uhr anberaumt. Hermann Lutz ist überpünktlich. Er sitzt gut gelaunt im sonnendurchfluteten Besprechungsraum der GdP-Rheinland-Pfalz in Mainz. Der fast 87-Jährige wirkt nicht nur so agil wie eh und je, er ist es auch. Seinen politischen Kopf hat er über die Jahrzehnte gut gepflegt. Die athletische Gestik unterstützt seine klaren, meinungsfesten Antworten. Der ehemalige GdP-Bundvorsitzende über gefälschte Pässe, hupenden Gegenverkehr und das Republikaner-Spalier-Laufen.

Michael Zielasko

Mitte der 1980er-Jahre: An seinem ersten Tag als Vorsitzender sei er durch die Hildener Bundesgeschäftsstelle gegangen und habe sich einfach nur gefreut, erzählt er lachend. Ein Unbekannter war er dort längst nicht mehr. 1981 hatte der Gewerkschaftsbeirat den Gau-Algesheimer bereits zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden erkoren. „Für mich war das damals wirklich ein absoluter Neubeginn. Nun, ich

war Polizist. Und dann wurde mir übermittelt, hör mal her, wir haben niemanden, der Soziales und Tarifpolitik macht. Ich? Als Beamter? Dazu kam noch die Zuständigkeit für die Frauen in der Polizei. Zu der Zeit ein heikles, wenn nicht gar Tabuthema. Es gab schon einige bei der Kripo, in meiner Schutzpolizei jedoch kaum.“

Es war seine zugewandte Art, die ihn mit den Menschen in seinem beruflichen Um-

feld freundlich und ordentlich umgehen ließ, sagt er. Dazu ist er auch in die Poststelle oder zum Empfang gegangen. „Guten Morgen, dann bin ich auf einen Kaffee-Halt geblieben und habe zugehört. Ich wollte wissen, wo vielleicht Probleme sind.“ Dafür bekommt er noch heute positive Rückmeldungen. Das Leben sei keine Einbahnstraße, fügt er hinzu.

Als gebürtigen Erfurter hatte ihn lange die deutsche Teilung beschäftigt. Neben dem kurzen Aufenthalt in frühesten Kindertagen hatte er zu DDR-Zeiten nur einmal die Gelegenheit, dorthin zurückzukehren. Dies allerdings mit nicht ganz lauterem Mitteln, verrät er. Hilfreich sei sein guter Kontakt zum damals amtierenden Mainzer Oberbürgermeister, „Jockel“ Fuchs, gewesen. Die Landeshauptstadt pflegte eine Partnerschaft mit der für die steinerne „Krämerbrücke“ bekannten Thüringer Kapitale. Gegenseitige Besuche gehörten natürlich dazu. „Ich fragte einfach, ob ich mal mitkommen könnte. Jockel sagte sofort, das machen wir.“ Kollege Lutz war jedoch inkognito unterwegs. „Hermann, du kriegst einen Ausweis ausgestellt, deinen Vornamen lassen wir, dein Nachname wird geändert.“ Und dann ging es schon mit dem Bus nach Erfurt. „Mit mir an Bord und einem gefälschten Pass.“ Der erhoffte Besuch seines Geburtshauses blieb ihm leider verwehrt. „Ich hätte nicht erklären können, was ich dort mache. So blieb ich Teil der Mainzer Delegation und unter der Aufsicht von Personen, die darauf aufpassen, dass wir auch immer sicher nach Hause kommen.“ Der Vollständigkeit halber: Den Pass hat er wieder abgegeben.

„Von Tarif hatte ich damals keine blasse Ahnung. Der Hauptamtliche auf der Bundesgeschäftsstelle hat mir die Unterlagen zusammengepackt. Das habe ich alles mit nach Hause genommen und mich ungefähr sechs bis acht Wochen lang in die Tarifpolitik und das Drumherum eingelesen. Dann ging es nach Stuttgart zu den Tarifverhandlungen.“ Lutz zögert einen Moment und wird nachdenklich. „Dort ist mir das erste Mal wirklich bewusst geworden, dass Arbeitgeber eben Arbeitgeber sind. Egal, wer den Vorsitz hatte, ob das ein Christdemokrat, ein liberaler Innenminister oder ein Sozialdemokrat war. Unsere Verhandlungspartner standen geschlossen in einer Reihe. Wir in der Polizei leider nicht.“ Er verstehe bis heute nicht, warum zwei Polizeigewerkschaften

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

SERVICE

Sie sind hier > Startseite



Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...



HK-Schusszähler für Handwaffen

Digital UND Batterieles [\[mehr erfahren\]](#)

NEUE ARTIKEL



Hybrid-Kamera mit System

Die Canon EOS R6 Mark II ist eine leistungsstarke Allroundkamera, die auch unter schwierigen Bedingungen Foto- und Videoaufnahmen in gerichtsformer Qualität liefert. Das breite Leistungsspektrum der Vollformat-Kamera für [\[mehr erfahren\]](#)

SCHWARZES BRETT

Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Eine Auswahl der Beiträge aus der aktuellen Ausgabe als Erste / Erste [\[mehr erfahren\]](#)

Keine Ausgabe mehr verpassen mit einem Abonnement!

Die PolizeiPraxis kommt bequem zu Ihnen nach Hause. Mit einem Abonnement zum Preis von 15,00 Euro, (zzgl. 4,70 Euro Versand, incl. MwSt.) pro Jahr erhalten Sie zweimal jährlich die PolizeiPraxis. Mit der [\[mehr erfahren\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN

Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: info@polizeipraxis.de bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

„Es gibt Menschen, die tatsächlich auch heute noch glauben, dass wir als Nationalstaat allein leben können. Das ist eine reine Illusion.“

und der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) nebeneinander existieren müssen.

So klingt es ein bisschen wie das anrührend gute Ende eines mit Irrungen und Wendungen prallen Liebesromans, wenn sich der ehemalige GdP-Chef die gewerkschaftliche Einheit in der Polizei wünscht. „Uns sollte die Einsicht dahin führen, dass wir stärker sind, wenn wir geschlossen auftreten.“ Schließlich profitiere vornehmlich die andere Seite von der gewerkschaftlichen Fragmentierung der Polizeibeschäftigten. Die Frage nach der Nummer 1 im Polizeibereich stelle sich jedoch nicht, schmunzelt er und unterstützt seine Aussage mit weit schwingenden Armen.

Ende 1989 fiel die Mauer. Lutz fuhr von einer Veranstaltung in Schleswig-Holstein zurück Richtung Rheinland-Pfalz. „Wir waren dort wie in einer Außenwelt. Als mir dann hupende Autos entgegenkamen, schaltete ich das Radio an.“ Und dem Thüringer Bub schossen unmittelbar Tränen in die Augen.

Der Polizeibeamte hatte sich aus Interesse zuvor mit dem Marxismus-Leninismus beschäftigt. „Das führte dazu, dass mich sogar der Verfassungsschutz mal im Auge hatte“, lächelt er. Offensichtlich hatten sich keine konkreten Verdachtsmomente ergeben.

„Die Menschen in der DDR hatten von 1933 bis 1989 durchgehend eine Diktatur erlebt. Wir mussten also in der Wendezeit Ausschau nach denen halten, die getreu Lenin handeln würden: Verlieren wir unser System, machen wir uns zur Speerspitze der Gegenbewegung, um dann wieder unsere alten Strukturen herzustellen.“

Bei den vielen Veranstaltungen, die er in der Folge in den östlichen Ländern absolviert hatte, waren ihm viele Menschen aufgefallen, die sofort mitmachen wollten. „Und das hat dazu geführt, dass ich damals mit der sogenannten Gauck-Behörde die Vereinbarung getroffen habe, ohne Wartezeit Akteneinsicht nehmen zu können. In vier der fünf Länder waren die Vorsitzenden der GdP Mitarbeiter der Stasi. Diese haben wir mit unseren Erkenntnissen konfrontiert, worauf sie zurückgetreten sind.“

In anderen Fällen sei es nachvollziehbar und beweisbar gewesen, dass Kollegen trotz ihrer Stasi-Tätigkeit niemandem schaden. Diese hatten ihre Führungspersonen bewusst belogen und zum Beispiel übermittelt, dass auf der Stube weder Westfernsehen geschaut noch Witze über das politische System

gemacht worden waren. „Und dann habe ich mich für diese Menschen eingesetzt.“

Thema Rechtsextremismus: Lutz selbst ist in den Anfängen seiner Polizeilaufbahn noch „durch die Hände ehemaliger Nazi-Offiziere“ gegangen. Da habe er schnell bemerkt, mit welch boshaften Methoden diese arbeiteten. „Ja, das hat mich schon geprägt“, denkt er zurück. Als dann später „Die Republikaner“ bekannt wurden, ließ er von der Hildener GdP-Bundesgeschäftsstelle eine Analyse über diese aufstrebende Partei anfertigen. Man merkt ihm die Genugtuung darüber an. „Wir haben das Parteiprogramm und die Ausführungsbestimmungen auf unterschiedlichen Ebenen mit den braunen Grundsätzen verglichen und stellten fest, dass rund 70 Prozent der Ideen des damaligen Parteivorsitzenden Franz Schönhuber und seiner Parteifreunde mit Naziideologien übereinstimmten. Unser Papier habe ich dann an die Frankfurter Rundschau weitergegeben.“ Die Tageszeitung veröffentlichte eine komplette Seite. Es geriet etwas in Gang. In etwa 30 bundesweiten, viel beachteten Veranstaltungen hatte Lutz die „REP“-Studie ausgeführt und die nun offengelegten Absichten der Partei schonungslos in den Fokus gerückt.

Wenig überraschend geriet die GdP, und vor allem ihr Vorsitzender, ins Fadenkreuz der polarisierenden Partei. „Teils wurden wir vor unseren Veranstaltungen von den Republikanern mit einem Spalier empfangen.“ Und was er an „Meinungen“ in seinem Briefkasten gefunden hatte, könne er, höflich ausgedrückt, nur als widerwärtig bezeichnen. „Wenn sich gesellschaftliche Veränderungen ereignen, die mit unserem Werteverständnis schlicht und einfach nicht im Einklang stehen, muss man den Mut besitzen, den Finger in die Wunde zu legen. Das ist für mich normal.“

Extremisten, egal auf welcher Seite, seien nie ein Gewinn für die Menschen, betont er mit kräftiger Unterstützung seiner Arme und wirbt dafür, die inhaltliche Auseinandersetzung „mit diesen Leuten“ zu suchen. Parteiverbote? Die brächten nichts, zeigt sich Lutz überzeugt. Innerhalb kürzester Zeit wären die unter einem anderen Namen wieder auf der Bildfläche und das Problem wieder da.

Nach seiner Zeit an der GdP-Spitze führte Lutz weiterhin die Internationale Union der Polizeigewerkschaften (UISP), später EuroCOP, an. „Es gibt Menschen, die tatsächlich auch heute noch glauben, dass wir als Nationalstaat allein leben können. Das ist eine

reine Illusion.“ Und was die europäische Zusammenarbeit angeht, sei genau diese ein zwingendes Gebot. „Kriminelle sind heute mobiler und gewissermaßen grenzenlos unterwegs. Sie nutzen moderne Technik wie KI und manipulieren durch Fake News. Das alles können wir allein nicht mehr ausreichend bearbeiten. Dazu benötigen wir Partner außerhalb unserer Nationalstaatlichkeit.“

Zuletzt die Gretchen-Frage: „Würdest du heute noch einmal das Ruder des Vorsitzenden übernehmen wollen? Ja oder Nein?“ Lutz antwortet wie ein echter Diplomat. „Jede und jeder haben ihre Zeit der Verantwortung: Und die sollen sie auch ganz und gar wahrnehmen. Nachdem meine Zeit als Vorsitzender vorbei gewesen war, hielt ich mich an meinen Maßstab, mich nicht mehr in Dinge einzumischen, bei denen andere in der Pflicht standen.“ Das müsse jede Generation schon für sich selbst erledigen, „und da sollten wir Alten uns auch mal zurückhalten.“ ■



Aktives Hobby: Hermann Lutz ist begeisterter Winzer und pflegt 25 Chardonnay-Rebstöcke, die etwa 35 Flaschen Wein jährlich ergeben.

1957 trat Lutz in den Polizeidienst ein. Ein Jahr darauf wurde er Mitglied der GdP. Ab Mitte der 1970er-Jahre lehrte Lutz im Fachbereich „Polizei“ als Dozent für Politikwissenschaft an der rheinland-pfälzischen Fachhochschule für Verwaltung. Ab 1976 stand er an der Spitze der GdP in Rheinland-Pfalz, 1981 rückte er als stellvertretender Bundesvorsitzender in den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. 1986 wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt. Damit war er der erste Vorsitzende einer DGB-Einzelgewerkschaft mit einem CDU-Parteibuch. Von 1989 bis 2003 fungierte Lutz zudem als Präsident der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP), später European Confederation of Police (EuroCOP).

BASISLEHRBUCH KRIMINOLOGIE

Von **Stefanie Kemme** und **Eva Groß**.



1. Auflage 2023

Umfang: 486 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 35,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0924-0

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 34,99 € [D]

Das vorliegende Buch gibt einen Überblick über den kriminologischen Forschungsstand unter besonderer Berücksichtigung des Blickwinkels der Polizei. Die Autorinnen vermitteln grundlegendes Wissen über die zentralen kriminologischen Fragestellungen nach den Entstehungszusammenhängen, Erscheinungsformen, Vorbeugungs- und Bekämpfungsmöglichkeiten sowie geeigneten Sanktions- und Behandlungsformen von Kriminalität. Zudem zeigen sie für jedes besondere Kriminalitätsfeld einen konkreten Bezug zur praktischen Polizeiarbeit auf.

Im 1. Teil des Werks beschäftigen sie sich mit den klassischen Themen (Geschichte der Kriminologie, Kriminalitätstheorien, Viktimologie, Kriminalitätswahrnehmung, usw.), während sie sich im 2. Teil den besonderen Kriminalitätsfeldern zuwenden (z.B. Gewaltkriminalität, Sexualdelikte, Stalking, Drogenkriminalität, Kriminalität im Kontext von Migration, Hasskriminalität). Jedes Kapitel enthält einen einleitenden Fragenkatalog und schließt mit einer Aufzählung der wichtigsten Merkposten zum besprochenen Thema. Zahlreiche Fallbeispiele, Schaubilder und Statistiken unterstützen Leserinnen und Leser zusätzlich.



DIE HERAUSGEBERINNEN

Frau Professorin Dr. jur. Dipl. Psych. Stefanie Kemme lehrt Kriminologie und Jugendstrafrecht an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Frau Professorin Dr. Eva Groß lehrt Kriminologie und Soziologie an der Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Innenleben



GdP-Force auf der Enforce Tac

Redaktion

Gewerkschaftspolitische Expertise verbreitete das Team der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf der diesjährigen „Enforce Tac“ Ende Februar in Nürnberg. Neben Kolleginnen und Kollegen aus der bayerischen GdP nutzten auch Sibylle Krause (l.), Hagen Husgen (2.l.) und Alexander Poitz aus dem Geschäftsführen-

den GdP-Bundesvorstand die Gelegenheit, mit interessierten Standbesuchern über die aktuelle Sicherheitslage und die Themen der Fachmesse zu diskutieren. Einer davon war Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (5.v.r.), der dem gut besuchten und attraktiven GdP-Treffpunkt einen Besuch abstattete. Mit dabei auch der GdP-Bayern-Chef Florian Leitner (2.v.r.). ■



Antrittsbesuch

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Alexander Poitz (Mitte) tauschte sich Ende Februar mit dem neuen Präsidenten der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Orga-

nisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS), Jens Koch (rechts), sowie mit BDBOS-Vizepräsident Frank Buddrus (links) über den BOS-Digitalfunk sowie Breitbandlösungen aus. ■



Es diskutierten GdP-Bundesvize Alexander Poitz (o.r.) und Kilian Vieth-Ditlmann (unten) von der gemeinnützigen zivilgesellschaftlichen Organisation AlgorithmWatch. Peter Steinle (o. l.) moderierte.

FACHLICHER DISKURS

Gesichtserkennung als Beitrag zur öffentlichen Sicherheit

Marco Feldmann

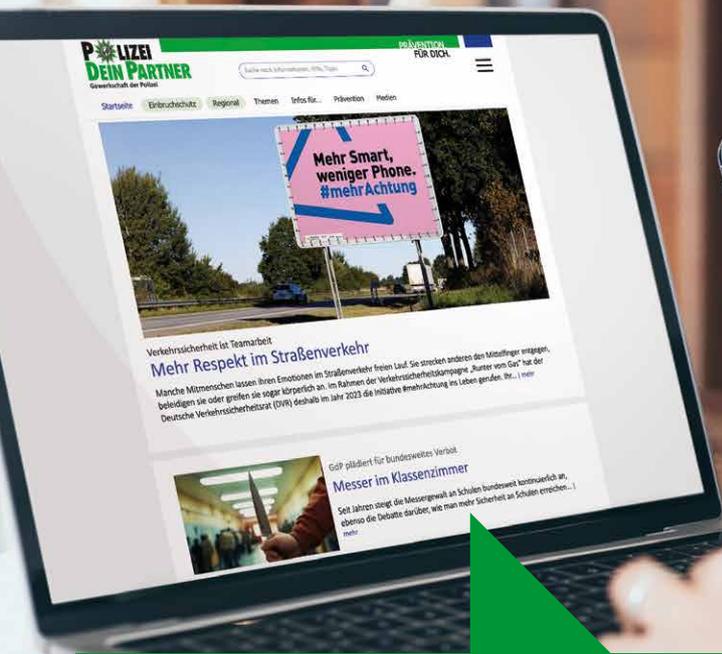
Der Fall der ehemaligen RAF-Terroristin Daniela Klette hat das Thema Gesichtserkennung zuletzt wieder in die öffentliche Diskussion gezogen. Auch in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl spielte es eine wichtige Rolle. Die Ansichten dazu gehen stellenweise weit auseinander. Der Standpunkt der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hingegen ist klar. Die Gesichtserkennung leistet einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Das machte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Alexander Poitz im Rahmen einer Online-Diskussionsrunde der Evangelischen Akademie Bad Boll Mitte Februar deutlich. Dabei kritisierte er zugleich, dass den Sicherheitsbehörden veraltete Gesetzesgrundlagen zur Verfügung stünden und sie im Reaktionsmodus seien.

Poitz bemängelte: „Übertriebener Datenschutz ist indirekter Täterschutz und hindert die Kriminalitätsbekämpfung und Kriminalitätsverfolgung!“ Aus diesem Grunde müssten die Befugnisse der Sicherheitsbehör-

den dringend den aktuellen Anforderungen angepasst werden. Denn derzeit wurden die Sicherheitsbehörden den Kriminellen noch zu oft hinterherhinken. Der stellvertretende GdP-Chef verdeutlichte darüber hinaus, dass die Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung von schwerster Kriminalität, Terrorismus und organisierter Kriminalität effiziente Datenverarbeitung benötigen. Dies kollidiere jedoch oft mit den Anforderungen des Datenschutzes, der strenge Regeln für Datenzugang und -verarbeitung vorschreibe. Sicherheitsbehörden hätten keinerlei Interesse, Daten massenhaft zu sammeln. „Unzugängliche Datenlager sind keine Hilfe, sondern produzieren Mehrarbeit, anstatt die eigentliche Aufgabenerfüllung zu unterstützen“, unterstrich Poitz. ■



Als Podcast nachhören: Sicherheit contra Privatsphäre – Biometrische KI-Gesichtserkennung in der Diskussion



POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
PRÄVENTION. FÜR DICH.

12 Jahre Präventions-Portal **Ab jetzt im neuen Look!**

Schau doch mal rein:

www.PolizeiDeinPartner.de



Außerdem neu:



Blog zur Cybersicherheit

Wir informieren in allen Bereichen rund die Sicherheit im Netz.



Regelmäßiger Podcast

Hier werden aktuelle Themen ausführlich behandelt. Hör' doch mal rein!



Schwerpunktthemen

Zum Beispiel Cannabis, oder der Schutz kritischer Infrastrukturen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Innenleben



Der (neue) Geschäftsführende GdP-Bundesseniorenvorstand (v.l.): Ewald Gerk (Bundesseniorenvorsitzender), Hagen Husgen (zuständiges GBV-Mitglied), Udo Linnenbrink (stellv. Schriftführer), Gundula Thiele-Heckel (stellv. Bundesseniorenvorsitzende), Uwe Petermann (stellv. Bundesseniorenvorsitzender) und Roland Hoffmann (Schriftführer).

GESUNDHEIT UND DIGITALISIERUNG

An den Beihilfeberechtigten vorbei?

Ende Februar tagte der Bundesseniorenvorstand auf der GdP-Geschäftsstelle in Berlin. Die Tagesordnung war wie immer umfangreich, und die zu behandelnden Tagesordnungspunkte reichten von einer Nachwahl bis zur Bundesseniorenkonferenz im Februar 2026.

Ewald Gerk

Nachwahl für den Geschäftsführenden Seniorenvorstand

Der stellvertretende Schriftführer im Geschäftsführenden Seniorenvorstand, Volker Huß aus Nordrhein-Westfalen, legte aus persönlichen Gründen sein Mandat im Gremium nieder. Als Nachfolger erklärte sein Landsmann Udo Linnenbrink seine Kandidatur. Nach der üblichen Vorstellungsrunde und der Erledigung satzungsgemäßer Erfordernisse wurde er einstimmig gewählt. Bundesseniorenvorsitzender Ewald Gerk verabschiedete Kollegen Huß und bedankte sich bei ihm für die gute, konstruktive und freundschaftliche Zusammenarbeit der letzten Jahre. Udo Linnenbrink hieß er im Gremium willkommen und betonte, dass mit ihm ein ausgewiesener Seniorenkenner in Volkers Fußstapfen tritt.

Bundesseniorenkonferenz 2026

Gemäß den Seniorenrichtlinien sind im Vorfeld der im Februar 2026 in Potsdam stattfindenden Bundesseniorenkonferenz verschiedene Maßnahmen zu treffen. Wichtige Punkte, darunter die Tagesordnung, der zeitliche Ablauf und das Festlegen auf eine digitale Konferenz, das heißt, auf den Verzicht von Papierunterlagen, Delegiertenordnung und dergleichen mehr, galt es zu besprechen. Dass das auch reibungslos vonstattengeht, haben die Senioren bereits bei der letzten Konferenz (während der Coronazeit) bewiesen. Konferenzmotto, Gästeliste und sonstiges mussten ebenfalls festgelegt werden.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Elektronisches Rezept und elektronische Patientenakte sind die Schlagworte im Gesundheitswesen. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben ist die Einführung bei den gesetzlich Versicherten für die Krankenkassen verpflichtend

und für Privatversicherte eine Kann-Vorschrift. Die Vergabe einer persönlichen ID-Nummer ist jedoch für alle Krankenversicherten verpflichtend. Durch den Flickenteppich unterschiedlicher EDV-Anwendungen bei den Krankenkassen, Ärzten und Apotheken gestaltet sich der Prozess jedoch schwieriger als geplant. Derzeit wird die Umsetzung bundesweit in drei Modellregionen erprobt.

Für Versicherte der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beziehungsweise der Privaten (PKV) wird sich die Einführung von eRezept und ePA noch halbwegs einfach gestalten. Bei Versicherten mit Beihilfeanspruch stellt sich die Umsetzung weitaus schwieriger dar. Hier sind zwei parallele Systeme völlig isoliert nebeneinander zuständig. Das kann aber nicht ausschlaggebend dafür sein, dass ePA und eRezept für diesen Personenkreis nicht eingeführt werden.

Daneben gibt es insbesondere bei der Polizei noch eine dritte Säule von Versicherten. Es sind die Kolleginnen und Kollegen, denen freie Heilfürsorge zusteht. Der Bund hat jetzt für diesen Personenkreis die Initiative ergriffen und will die ePA und das eRezept etablieren. In der Verordnungsvorlage wird auch gleich der Leistungskatalog für Heilfürsorgeberechtigte geändert. Neben einigen zeitgemäßen, notwendigen Verbesserungen gibt es auch Leistungseinschränkungen. Die Einführung digitaler Anwendungen bei der Heilfürsorge muss ebenfalls für heilfürsorgeberechtigte Kolleginnen und Kollegen in den Ländern erfolgen. Ebenfalls mahnen wir an, dass im gleichen Zuge auch die Umsetzung für Beihilfeberechtigte zwingend erfolgen muss.

Da wir als Seniorengruppe die Befürchtung haben, dass die unterschiedlichen Dienstherren nicht aus eigenem Antrieb die Initiative ergreifen werden, müssen wir die geübte Hartnäckigkeit an den Tag legen. Dazu haben wir mit Frau Dr. Anke Schlieker vom Bundesverband der privaten Krankenversicherungen ein erstes Gespräch geführt. Wir waren uns darüber einig, dass wir in enger Abstimmung die Angelegenheit weiterverfolgen müssen.

Pflegeleistungen bei Beihilfeberechtigung

Die Pflege von Beihilfeberechtigten und deren Angehörigen ist immer wieder zentrales Thema bei GdP-Veranstaltungen und in persönlichen Gesprächen. Daraus haben wir die Vermutung gewonnen, dass durch die

ZUGRIFF IN SEKUNDEN

DP
DIGITAL

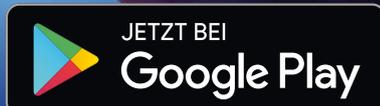
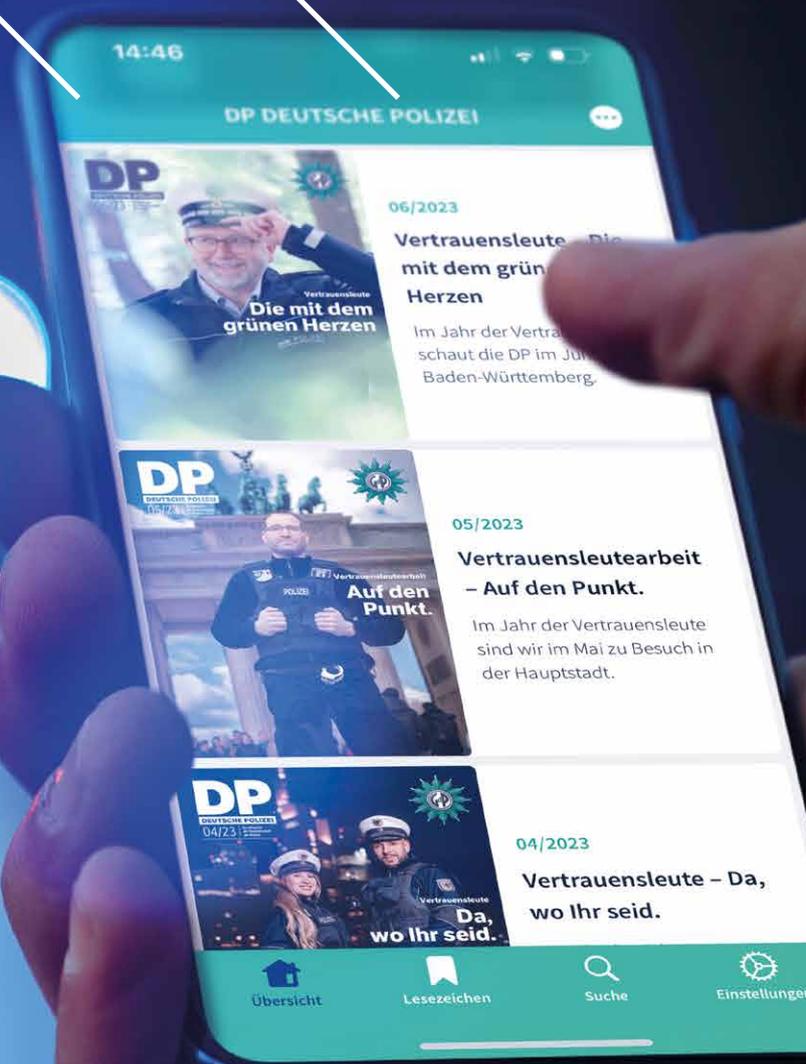
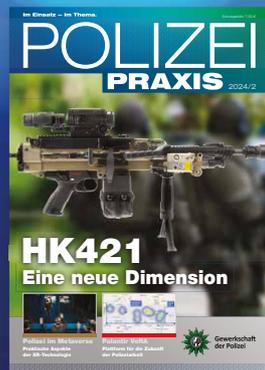
POLIZEI
PRAXIS

DIE
KRIMINALPOLIZEI
Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei • Ausgabe 2/2017

Dein Landesbezirk Deine Themen

Alle Themen rund um Polizei und Ausrüstung aus DP DEUTSCHE POLIZEI, POLIZEIPRAXIS und DIE KRIMINALPOLIZEI hast du mit der DP-App jederzeit in der Hand.

Neben dem Bundesteil der DP findest du hier natürlich auch alle Landesteile.



unterschiedlichen Beihilfeverordnungen leider auch unterschiedliche Leistungen gewährt werden. Um hier Licht ins Dunkel zu bringen, haben wir als Seniorengruppe Musterfälle erarbeitet, die wir den Landes- und Bezirksvorsitzenden mit der Bitte um zeitnahe Beantwortung übersendet haben. Nach Auswertung der Rückläufe wollen wir gegebenenfalls gewerkschaftliche Forderungen erarbeiten und den Landesbezirken und Bezirken für ihre gewerkschaftspolitische Arbeit zur Verfügung stellen.

Wo bekomme ich Auskunft und/oder Unterstützung im Pflegefall? Diese tagesaktuellen Fragen sind für unsere Mitglieder im Hilfefall von essenzieller Bedeutung. Diese unter weiteren Fragen zur Pflegeberatung und -unterstützung haben wir mit Benjamin Feist, Compass-Pflegeberatung Berlin-Brandenburg, ausführlich erörtert. Neben den Vertrauensleuten der GdP ist für die privat versicherten Kolleginnen und Kollegen die Compass-Pflegeberatung unter Telefon: 0800 101 88 00 sowie im Internet unter: www.compass-pflegeberatung.de erreichbar.

Generationenpolitischer Dialog

Als Seniorengruppe sind wir dabei, einen generationenpolitischen Dialog zu planen. Nach der Formulierung erster Vorstellungen wurden am Rande der GdP-Fachtagung „Jüdisches Leben und Polizei“ Ende Januar Kontakte geknüpft, und wir konnten sowohl das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Europa als auch die Deutsche Hochschule der Polizei als mögliche Kooperationspartner gewinnen. Die erste Veranstaltung wird voraussichtlich im Jüdischen Museum in Frankfurt am Main stattfinden können. ■



Ewald Gerk verabschiedet seinen Vorstandskollegen Volker Huß (l.): „Danke für Dein Engagement, alles Gute!“

Innenleben Europa



(v.l.) Peter Jakubik, Katarina Vysvaderova, Pavol Paračka (alle OZPSR), Staatssekretärin Lucia Kurilovska, Tomáš Machovič (NOS PČR), GdP-Chef Jochen Kopelke, Milan Synek (NOS PČR) und Jan Filip (OZPSR).

BRATISLAVA UND BRÜSSEL

Europäische Zusammenarbeit weiter stärken

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, und der Europabeauftragte Jörg Bruchmüller haben sich Ende Februar auf Einladung der slowakischen Polizeigewerkschaft Odborovy Zväz Policie (OZP) in Bratislava mit dem OZP-Vorsitzenden Pavol Paračka, und dem Vorsitzenden der tschechischen Polizeigewerkschaft NOS PČR, Tomáš Machovič, zu einem Gedankenaustausch getroffen. Unterdessen nehmen die GdP-EU-Aktivitäten weiter Fahrt auf.

Michael Zielasko

„Der enge Austausch mit unseren osteuropäischen Kolleginnen und Kollegen ist essenziell, um die Zusammenarbeit weiter zu stärken. Die Polizeiarbeit in Europa wird immer komplexer“, verdeutlichte Kopelke in der slowakischen Hauptstadt. Steigende Anforderungen, veränderte Sicherheitslagen und unterschiedliche gesetzliche Rahmenbedingungen stellten alle Polizeikräfte vor große Herausforderungen. Gleichzeitig wird eine enge grenzüberschreitende Zu-

sammenarbeit immer wichtiger, um diesen Entwicklungen gemeinsam zu begegnen.

Mit Staatssekretärin Lucia Kurilovska und dem Polizeivizepräsidenten Rastislav Polakovic wurden die gemeinsamen, jedoch teils unterschiedlichen Herausforderungen einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur erörtert. Naheliegender dabei das Problem der aktuellen nationalen Grenzkontrollen und die damit verbundenen immensen personellen Herausforde-

rungen. Besprochen wurden zudem Bedrohungslagen und stark belastende Kriminalitätsphänomene.

Seitens der tschechischen und slowakischen Kolleginnen und Kollegen war man darüber hinaus an den Arbeitsbedingungen in Deutschland, darunter Bezahlung, Zulagenwesen, Pensionseintrittsalter sowie Standards der technischen Ausstattung, interessiert. Kopelke machte deutlich, dass man, mehr denn je, die polizeilichen Herausforderungen unter einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur verstehen und deswegen einen gemeinsamen Weg in Europa finden müsse, um soziale Standards und Arbeitsbedingungen zu harmonisieren. Es müssten gemeinsame Strategien entwickelt werden, um Europa sicherer zu machen.

Aus Sicht der beiden Präsidenten Paračka (OZP) und Machovič (NOSP) war man sich einig, die konstruktiven Gespräche zeitnah in Berlin und Brüssel weiterzuführen. Kopelke dankte beiden für wertvolle Einblicke in die Situation der Polizeikräfte in ihren jeweiligen Ländern.

EU.Pol-Austausch

Bei einem Treffen mit EU.Pol-Präsident Peter Smets in Brüssel Anfang Februar hatten sich Kopelke und Bruchmüller intensiv über die Herausforderungen der Arbeit der Grenzpolizei und die aktuelle Sicherheitslage in Europa ausgetauscht. Deutlich wurde, dass sich die Anforderungen an die Polizei stetig wandeln und gerade an den Grenzen ein erhöhter Handlungsbedarf besteht. „Unsere Kolleginnen und Kollegen stehen täglich vor großen Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Grenzsicherung. Wir müssen sicherstellen, dass sie die besten Rahmenbedingungen für ihre Arbeit haben“, erklärte der GdP-Chef.

Einen weiteren Schwerpunkt des Gesprächs nahm die europaweit zunehmende Gefahr für Polizistinnen und Polizisten im Dienst ein. In der Rede des EU.Pol-Präsidenten vor dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments nur wenige Tage vor dem GdP-Treffen hatte Smets den Parlamentariern verdeutlicht, dass in vielen europäischen Ländern Aggressionen gegen Polizeibeamte tägliche Begleiter des Dienstes seien. Nicht zuletzt komme es im schlimmsten Fall zu gewaltsamen Todesfällen. Polizei sei ein Hochrisikoberuf, redete er dem Ausschuss

ins Gewissen. Dem müsse auch Europa Rechnung tragen. Denn: Trotz dieser Vorfälle ver säumten es Justizsysteme in manchen Regionen, harte Konsequenzen gegen solche Taten durchzusetzen. Polizeibeamte fühlen sich oft sowohl von der Justiz als auch von ihren Arbeitgebern im Stich gelassen. Einige müssten nach Gewalttaten sogar ihre eigenen medizinischen Kosten tragen, kritisierte Smets. Dieses fehlende Unterstützungssystem – sowohl von der Gesellschaft als auch von den Behörden – zermürbe die Moral der Beamten.

EU.Pol hat zuletzt mit mehreren Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MEPs) zusammengearbeitet, um die Forderung für eine europäische Datenbank zur Gewalt gegen Polizeibeamte erheben zu können. Doch die Europäische Kommission betrachtet dies Smets zufolge als nationale Angelegenheit. Präzise Daten seien jedoch entscheidend, um Probleme zu analysieren und Lösungen zu schaffen.

Kopelke: „Das ist ein klares Beispiel für den hohen Wert einer engagierten europäisch-gewerkschaftlichen Vertretung. Daher sei der 19. November 2024 ein besonderes Datum in der fast 75-jährigen Geschichte der GdP, betonte er. An diesem Tag hatten die Delegierten der European Federation of Police Unions (EU.Pol) auf ihrer Herbstversammlung in Barcelona dem Beitritt der GdP zugestimmt. „Die EU.Pol-Mitgliedschaft schafft uns eine hervorragende Ausgangsposition, um die Interessen der deutschen Polizeibeschäftigten auf europäischer Ebene wirksamer zu vertreten und eine zentrale Rolle bei der Mitgestaltung der europäischen Innen- und Sicherheitspolitik einnehmen zu können“, führte der GdP-Chef aus. ■



(v.r.) GdP-Chef Jochen Kopelke und Europabeauftragter Jörg Bruchmüller im Gespräch mit EU.Pol-Präsident Peter Smets und seinem Vorstandkollegen Willy Valckx.



Die GdP-Delegation: (v.l.) Steffi Loth (Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz), Kevin Komolka (Landesvorsitzender Niedersachsen), GdP-Chef Jochen Kopelke, Meike to Baben (Vorsitzende BFA Schutzpolizei) und die Aachenerin Bianca Jurczyk (JUNGE GRUPPE (GdP)).

AUSTAUSCH IM EUROPAPARLAMENT

Europaarbeit wirkt

Das Police Intergroup Event „International cooperation to fight organised crime and drug trafficking“ im Europäischen Parlament Anfang März lief erfolgreich. GdP und EU.Pol berichteten aus dem Dienstag und prangerten Missstände bei den Polizeien an.

Jana Biesterfeldt

„Das neue europäische Expertengremium im EU-Parlament (EP) ermöglicht uns Polizistinnen und Polizisten, ungefiltert Probleme

Innenleben Europa

me aus dem Dienst direkt zu adressieren“, bilanzierte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke in Brüssel. Der neue EU-Kommissar für Innere Angelegenheiten und Migration, Magnus Brunner, Europol-Chefin Catherine De Bolle und die EP-Abgeordneten Lena Düpont sowie Assita Kanko hatten sich mit rund 250 Polizeibeschäftigten aus ganz Europa fachlich ausgetauscht.

Erörtert wurde vornehmlich der übermäßige Datenschutz, Informationsaustausch, Grenzkontrollen und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. EU.Pol-Präsident Peter Smets präsentierte dem Panel die aktuellen polizeigewerkschaftlichen Forderungen und Verbesserungsvorschläge des Dachverbandes.

Kurz gesagt: die intensive Europaarbeit von GdP und EU.Pol wirkt. Denn: In mehreren Anschlussgesprächen und Terminen wurden die Forderungen und die anstehende Sicherheitsstrategie der EU-Kommission noch weiter intensiv beraten. ■



Beeindruckende Brüsseler Atmosphäre.



IM GESPRÄCH MIT DER EUROPOL-CHEFIN

Die innere Sicherheit der EU beginnt bereits außerhalb ihrer Grenzen

Im vergangenen November waren der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke und sein Stellvertreter Sven Hüber im niederländischen Den Haag vom stellvertretenden Europol-Exekutivdirektor, Jürgen Ebner, zu einem Meinungsaustausch empfangen worden. Erörtert wurden unter anderem die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung Polizeibeschäftigter. Um die zunehmend wichtige Rolle der europäischen Polizeibehörde dreht es sich nun im DP-Gespräch mit Catherine De Bolle. Die Belgierin leitet Europol als ihre Exekutivdirektorin.

Redaktion

DP: Frau De Bolle, was macht Europol so besonders?

Catherine De Bolle: Europol ist einzigartig in seiner Rolle als zentrale Drehscheibe für kriminalpolizeiliche Informationen in der Europäischen Union. Wir bündeln Fachwissen, Ressourcen und operative Unterstützung, um die EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus zu unterstützen.

Was uns auszeichnet, ist unsere Fähigkeit, die Zusammenarbeit zwischen Strafver-

folgungsbehörden nicht nur innerhalb der EU, sondern auch weltweit zu fördern und zu erleichtern. Dadurch gewährleisten wir eine koordinierte und effektive Reaktion auf komplexe kriminelle Netzwerke. Unsere hochmodernen Technologien und spezialisierten Teams befähigen die nationalen Behörden, sich proaktiv an die sich wandelnden Bedrohungen anzupassen.

Europol ist seit 2010 eine offizielle EU-Agentur. Was haben Sie seitdem erreicht?

De Bolle: In der Tat, aber Europol wurde bereits 1999 gegründet, sodass wir im vergangenen Jahr unser 25-jähriges Bestehen gefeiert haben. In dieser Zeit haben wir bedeutende Fortschritte bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten gemacht. Wir haben zahlreiche kriminelle Netzwerke durch gemeinsame Operationen zerschlagen und das Informationsaustauschsystem, insbesondere das Europol Information System (EIS), verbessert. Wir haben spezialisierte Zentren gegründet, darunter das Europäische Zentrum für Cyberkriminalität (EC3), das Europäische Zentrum zur Bekämpfung von Menschenschmuggel (EMSC), das Europäische Zentrum für schwere und organisierte Kriminalität (ESOCC), das Europäische Zentrum für Finanz- und Wirtschaftskriminalität (EFECC) sowie das Europäische Zentrum zur Terrorismusbekämpfung (ECTC), um neuen Bedrohungen besser begegnen zu können.

Eine lange Liste ...

De Bolle: ... die noch nicht beendet ist. Intensiviert haben wir zudem die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Partnern, internationalen Organisationen und dem privaten Sektor. Erst kürzlich haben wir Kooperationsabkommen mit Indien, Chile und Singapur unterzeichnet. Insgesamt arbeiten wir nun mit fast 40 Nicht-EU-Staaten zusammen, darunter die USA, das Vereinigte Königreich, Australien, die Ukraine und Kolumbien, um nur einige zu nennen.

Diese Errungenschaften unterstreichen unser Engagement für die Sicherheit Europas und unsere Erkenntnis, dass die innere Sicherheit der EU bereits außerhalb ihrer Grenzen beginnt.

Wie viele Mitarbeiter hat Europol derzeit, und welche personellen Erweiterungen sind geplant?

De Bolle: Europol beschäftigt derzeit rund 1.400 Mitarbeiter, darunter Analysten, Experten und Verwaltungspersonal. Zusätzlich arbeiten etwa 300 Verbindungsbeamte aus den kooperierenden Ländern in unserem Gebäude. Da die Herausforderungen für Europa weiter wachsen, müssen wir unsere Belegschaft ausbauen, um künftigen Anforderungen gerecht zu werden. Unsere Wachstumsstrategie orientiert sich an der zunehmenden Investition der EU in Sicherheit und Justiz.

Derzeit hat Europol keine eigenen operativen Befugnisse, sondern unterstützt die nationalen Polizeibehörden der Mitgliedstaaten. Wünschen Sie sich für Europol eigene operative Befugnisse?

De Bolle: Die Hauptstärke von Europol liegt in seiner Rolle als Vermittler und nicht als Einsatzkraft an vorderster Front. Unsere Unterstützung für die Mitgliedstaaten gewährleistet die Achtung der nationalen Souveränität und ermöglicht gleichzeitig eine effektive internationale Zusammenarbeit. Während es eine laufende Debatte über die Ausweitung der Befugnisse von Europol gibt, bleibt unsere Priorität die Stärkung der nationalen Behörden durch verlässliche Informationen und Koordination. Jede Entscheidung über eine Mandatserweiterung müsste sorgfältig geprüft und von den EU-Mitgliedstaaten gemeinsam getroffen werden.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich für klare Rahmenbedingungen für die polizeiliche Zusammenarbeit und einen besseren Datenaustausch ein. Wie kann Europol hier unterstützen?

De Bolle: Europol spielt bereits eine zentrale Rolle bei der Verbesserung des Informationsaustauschs. Über Plattformen wie die „Secure Information Exchange Network Application“ (SIENA) ermöglichen wir eine reibungslose und sichere Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten. Erst kürzlich haben wir die 3500. SIENA-Verbindung eingerichtet. Wir fördern zudem die Interoperabilität von Datenbanken und koordinieren gemeinsame Ermittlungen, um eine stärker integrierte und effizientere Polizeiarbeit zu ermöglichen.

Als Gewerkschaft ist uns eine verbesserte Mitbestimmung der Mitarbeiter in europäischen Sicherheitsbehörden wichtig. Wie wird dies bei Europol gewährleistet?

De Bolle: Europol schätzt seine Mitarbeiter und ihren Beitrag zu unserer Mission. Wir pflegen einen offenen Dialog mit den Mitarbeitervertretungen und stellen sicher, dass alle Beschäftigten so weit wie möglich in Entscheidungsprozesse, die ihre Arbeit betreffen, einbezogen werden. Überdies legen wir großen Wert auf berufliche Weiterentwicklung, das Wohlbefinden unserer Mitarbeiter und Chancengleichheit, um ein integratives und kooperatives Arbeitsumfeld zu schaffen.

Welche Kriminalitätsbereiche dominieren derzeit die Arbeit von Europol? Und welche Bedrohungen erwarten Sie in zehn Jahren?

De Bolle: Aktuell liegt unser Fokus auf Cyberkriminalität, Terrorismus, Drogenhandel, Menschenhandel und Finanzkriminalität. In den kommenden zehn Jahren erwarten wir eine zunehmende Bedeutung von cybergeflützten Straftaten, darunter Ransomware-Angriffe, der Missbrauch von Künstlicher Intelligenz und Bedrohungen kritischer Infrastrukturen. Auch kriminalitätsbedingte Folgen geopolitischer Instabilität, wie der Anstieg des Menschenschmuggels, werden voraussichtlich zunehmen. Europol passt sich kontinuierlich an, um diesen zukünftigen Herausforderungen zu begegnen.

Wo sehen Sie Europol in fünf Jahren und langfristiger?

De Bolle: In fünf Jahren wird Europol noch stärker in die Sicherheitsarchitektur der EU eingebunden sein und fortschrittliche Technologien wie Künstliche Intelligenz und Big-Data-Analysen nutzen, um Verbrechen zu bekämpfen. Ich sehe Europol in einer wachsenden Rolle in der transnationalen Verbrechensbekämpfung, während wir weiterhin unser zentrales Prinzip beibehalten: die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten.

Vielen Dank für das Gespräch, Frau de Bolle.

DP-Autorin Catherine De Bolle

leitet seit Mai 2018 als Exekutivdirektorin Europol. Die in Aalst geborene Belgierin war zuvor Generaldirektorin der belgischen föderalen Polizei, Polizeichefin der Stadt Ninove und Rechtsexpertin und Offizierin bei der Generaldirektion für Personalwesen der Gendarmerie.



Zur Europol-Homepage



Das Celebration-„Familienfoto“: (v.l.n.r.) Anke Unger (stell. Vorsitzende des DGB NRW), Ingo Wunsch (Direktor des LKA NRW), GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne, Kirsten Böhm-Salewski (Vorsitzende der Frauengruppe NRW), Bundesvorsitzender Jochen Kopelke, Bundesvize und NRW-Landeschef Michael Mertens, Michaela Willig und Patricia Nubi (beide Frauengruppe NRW) und Anja Rohendburg (GdP-Geschäftsstelle NRW).

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Powerfrauen in Polizei und GdP

Die Verteidigung der Rechte von Frauen und spürbar weniger Benachteiligung im Beruf forderte die Bundesfrauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2025. Unter dem Motto „It's a celebration“ trafen sich die Gewerkschafterinnen in diesem Jahr im Landeskriminalamt (LKA) Nordrhein-Westfalen.

Fidan Düz

Neben einer bewegenden Eröffnungsrede des LKA-Direktors Ingo Wunsch, einer kämpferischen Rede von Kirsten Böhm-Salewski, der Vorsitzenden der Frauengruppe NRW, einer Videobotschaft der Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Yasmin Fahimi, und Grußworten sowie Vorträgen von der GdP-Bundesfrauenvorsitzenden Erika Krause-Schöne und Anke Unger, stellvertretende DGB-NRW-Landesvorsitzende, richtete sich GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke an das Publikum mit hochkarätigen Gästen aus Politik, Polizei und Gewerkschaft in Düsseldorf. Vor Ort dabei waren zudem GdP-Landeschef wie Bundesvize Michael Mertens und die für Frauenpolitik zuständige Bundesvorstandskollegin Sibylle Krause.

Durch erstarkenden Rechtspopulismus und die politische Machtverschiebung in Deutschland wie auf internationaler Ebene sehen die GdP-Frauen die Frauenrechte gefährdet. Verblasste und überwunden geglaubte Rollenbilder dürften nicht wieder „en vogue“ werden. Nicht in der Gesellschaft, auch nicht in der Polizei und der Gewerkschaft. „Bei uns gibt es keine Rolle rückwärts. Selbstbestimmung darf kein Luxus sein. Was Frauen voranbringt, bringt alle voran“, unterstrich Krause-Schöne. Als Garantin der freiheitlichen Demokratie sind ihr zufolge die Gewerkschaften besonders gefordert, politisch wachsam zu bleiben und die fundamentalen Frauen- und Menschenrechte zu schützen. Dazu gehört auch und vor allem, die zunehmende geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt wirksam zu bekämpfen. Mit Blick auf die Polizei forderte die Gewerkschafterin, die mittelbare Be-

nachteiligung von Frauen in der Polizei, die z. B. bei der Beurteilung im Polizeidienst zutage tritt und folglich bei Beförderung und Aufstieg, zu beseitigen. Auch sind weitere Anreize zu schaffen, um die Vereinbarkeit von Leben und Beruf (nicht nur) für die Frauen zu verbessern. Positiv stellte sie heraus, dass die Polizei und die GdP zunehmend weiblicher werden. Der GdP-Landesbezirk NRW sei hierbei Vorreiter.

Inspirierende Frauen in der Polizei und der Gewerkschaft

Die zentrale Veranstaltung zum Internationalen Frauentag der GdP, zu der die Landesfrauengruppe NRW eingeladen hatte, stand im Zeichen mutiger Frauen in der Polizei und der Gewerkschaft. Sie als Vorbilder, Mentorinnen und Mitstreiterinnen zu feiern und zu würdigen, war das Ziel. Eine von ihnen war Klara Oelke, erste Bundesfrauenvorsitzende der GdP und Pionierin in der frauen- und gleichstellungspolitischen Gewerkschaftsarbeit der GdP. Der verbindliche Frauenförderplan der GdP sei ganz wesentlich ihr Verdienst, unterstrich Kopelke, der zu ihrem Gedenken eine Schweigeminute einleitete. Oelke war im Dezember 2024 verstorben. Eine andere leidenschaftliche Gewerkschafterin war Martina Filla, langjährige Vorsitzende der Frauengruppe NRW und über 16 Jahre engagiertes Mitglied im Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand. „Sie war und ist für immer ein Vorbild für uns“, betonte Krause-Schöne. Insgesamt vier weitere Kolleginnen wurden von den GdP-Frauen NRW auf der Veranstaltung gewürdigt. Mit individuellen Inspirationsgeschichten dankten sie Sylvia Stoschek, Erika Krause-Schöne, Claudia Puglisi und Maria del Carmen Fernandez Mendez für ihre Stärke und ihren Mut.

Musikalisch rundeten Patricia Nubi von der Frauengruppe NRW und der Chor „Chor der Polizei Düsseldorf“ die Veranstaltung ab. ■



GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne bei ihrer Ansprache.

Hingeschaut



Maximilian Kretschmer

LKW-UNFÄLLE

Unfallanalyse und Prävention

Der Lkw-Verkehr ist eine tragende Säule des Gütertransports in Deutschland und Europa. Gleichzeitig birgt er jedoch erhebliche Risiken für die Verkehrssicherheit. Aufgrund des hohen Schädigungspotenzials, das von schweren Nutzfahrzeugen ausgeht, müssen Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit diesen Bereich besonders fokussieren. Dies gilt sowohl für die Sicherheit der Lkw-Fahrer selbst als auch für die der anderen Verkehrsteilnehmer.

Peter Schlanstein

Schwere Straßen-Nutzfahrzeuge dominieren den europäischen Güterverkehr mit einem Anteil von rund 78 Prozent, wie die Datenbank Eurostat zeigt. Ihre hohe Präsenz sowie ihre physikalischen Eigenschaften – Größe, Gewicht, Geschwindigkeit und eingeschränkte Sichtbereiche – machen sie zu einem potenziellen Risiko, besonders für schwächere Verkehrsteilnehmer wie zu Fuß Gehende und Radfahrende. Die kinetische Energie eines Lkw bei Kollisionen verursacht erhebliche Schäden. Obwohl Lastkraftwagen nur etwa 3 Prozent der Fahrzeuge auf Europas Straßen ausmachen, sind sie an fast 15 Prozent der Verkehrstoten in der EU beteiligt.

In Deutschland ist das Problem besonders gravierend: Nur 6,2 Prozent der zugelassenen Fahrzeuge sind Lkw, dennoch sind sie an 21 Prozent der tödlichen Unfälle beteiligt (Stand: 2023). Diese Diskrepanz verdeutlicht die Dringlichkeit gezielter Sicherheitsmaßnahmen. Die Risiken sind nicht nur Fol-

ge physikalischer Faktoren, sondern auch von Arbeitsbedingungen, Technikmängeln und menschlichen Fehlern geprägt.

Thema des Deutschen Verkehrsexpertentags 2024

Diese Unfallrisiken bildeten den Schwerpunkt des 22. Deutschen Verkehrsexpertentags, der Ende November in der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW) in Köln stattfand. Die Veranstaltung wurde unter der Schirmherrschaft von Minister Herbert Reul durch die Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e. V. (VOD) ausgerichtet. Über 150 Fachleute für Verkehrssicherheit kamen zusammen, um Ursachen und Lösungsansätze zu diskutieren. Im Namen des Schirmherrn betonte Ministerialdirigent Gerrit Weber die Bedeutung der Umsetzung der neuen Fachstrategie Verkehr für die Polizei NRW, die mit gezielter Prävention und Überwachung einen Beitrag zur angestrebten Vision Zero leisten soll.

Unfallanalysen und Risikofaktoren im Lkw-Verkehr

Carsten Gesthüsen, Leiter der Autobahnpolizei Köln, präsentierte als erster Referent aktuelle Unfallzahlen und -ursachen. Während die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle in Deutschland 2023 um 4,5 Prozent anstieg, blieb der Anstieg bei Unfällen mit Personenschäden mit 0,4 Prozent vergleichsweise gering. Die Zahl der tödlichen Verletzungen unter Lkw-Insassen ging um 13,3 Prozent zurück, was auf den Einsatz neuer Sicherheitsmaßnahmen zurückzuführen ist. Dennoch bleiben Lkw-Fahrer und andere Verkehrsteilnehmer, die mit Lkw kollidieren, hochgefährdet.

Auf Autobahnen stellen Auffahrunfälle am Stauende eine der häufigsten Unfallursachen dar. Lange Bremswege und die eingeschränkte Manövrierfähigkeit von Lkw verstärken dieses Risiko. Städtische Unfallursachen wie Abbiegeunfälle oder Unfälle durch unzureichenden Abstand erfordern hingegen andere Ansätze. Hier ist eine zielgerichtete Verkehrsüberwachung notwendig, um den spezifischen Gefahrenquellen entgegenzuwirken.

Die Polizei spielt eine zentrale Rolle bei der Überwachung und Verhinderung von Lkw-Unfällen. Neben klassischen Verkehrskontrollen ist zunehmend der Einsatz spezialisierter Kontrollteams gefordert, die sich auf technische Aspekte wie Bremsen, Reifen und die Ladungssicherung konzentrieren. Gleichzeitig setzen moderne Polizeistrategien auf datengestützte Analysen, um Unfallschwerpunkte gezielt zu überwachen und Präventionsmaßnahmen effizient zu steuern.

Technische Innovationen zur Unfallprävention

Technologien wie Notbremsassistenten und automatische Abstandswarnsysteme haben sich als wirksam erwiesen, folgenschwere Unfälle zu verhindern. Notbremsassistenten sind für Neufahrzeuge in Deutschland seit 2015 Pflicht, doch viele ältere Fahrzeuge bleiben noch ohne diese Systeme unterwegs. Experten fordern deshalb eine flächendeckende Nachrüstung solcher Assistenzsysteme.

Dieter Schäfer, langjähriger Leiter der Verkehrspolizei Mannheim, betonte die Bedeutung einer umfassenden Fahrereinweisung in neue technische Systeme, um Fehlbedienungen zu vermeiden. Nur so kann das volle Potenzial der Technologie ausgeschöpft werden, ohne dass Sicherheitsrisiken durch unsachgemäße Nutzung entstehen.

Eine enge Zusammenarbeit der Polizei mit Herstellern und der Logistikbranche wird empfohlen, um sicherzustellen, dass technische Lösungen nicht nur effektiv, sondern auch praktisch einsetzbar sind. Regelmäßige Schulungen für Beamte und Fahrer können dabei helfen, Sicherheitsstandards zu etablieren und neue Technologien sinnvoll zu integrieren.

Arbeitsbelastung und psychische Beanspruchung von Lkw-Fahrern

Der Beruf des Lkw-Fahrers ist stark von psychischen und physischen Belastungen geprägt. Lange Arbeitszeiten, monotone Streckenführung und Zeitdruck führen häufig zu Übermüdung – einer der Hauptursachen für Unfälle. Eine Untersuchung des Europäischen Verkehrssicherheitsrats (ETSC) ergab, dass sich 60 Prozent der Lkw-Fahrenden am

Steuer regelmäßig übermüdet fühlen. Trotz strenger EU-Vorschriften für Ruhezeiten setzen Lieferanforderungen und enge Zeitpläne die Fahrenden oft unter Druck, die Pausen zu umgehen.

Dr. Bernd Mützel von der Berufsgenossenschaft Verkehr wies auf die unzureichende Infrastruktur hin: Rastplätze und Ruhezeiten seien oft überfüllt, was dazu führe, dass die Fahrenden keine ausreichenden Pausen einlegen könnten. Verbesserte Arbeitsbedingungen und technische Systeme, die Fahrerinnen und Fahrer an Pausen erinnern oder Übermüdung erkennen, sollten hier Abhilfe schaffen.

Versierte Polizeikontrollen konzentrieren sich auf die Aspekte der Sozialvorschriften. Die Überprüfung der Einhaltung von Lenk- und Ruhezeiten gehört zu den Kernaufgaben, wobei moderne Kontrollsysteme wie digitale Tachographen eine zentrale Rolle spielen. Die Systeme ermöglichen grundsätzlich eine genaue Nachverfolgung von Fahrzeiten und Verstößen und erhöhen so die Effizienz der Kontrollen. Allerdings kommt es zu teils illegalen Manipulationen dieser Geräte, um Vorschriften zu umgehen. Die Entdeckungen hängen stark von der Intensität und Häufigkeit der Kontrollen sowie von der jeweiligen Region ab. Vor allem in der grenzüberschreitenden Logistik treten Manipulationen tendenziell häufiger auf. Die Polizei verfügt über verschiedene Techniken, um Manipulationen an Tachografen zu erkennen. Dazu gehört etwa die Prüfung von Auffälligkeiten in den Fahrerdaten, wie ungewöhnliche Fahrzeiten, -strecken oder Pausenmuster.

Sozialvorschriften und Herausforderungen der Kontrolle

Die Einhaltung von Sozialvorschriften wie Lenk- und Ruhezeiten wird in Deutschland neben der Polizei durch das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) überwacht. Verstöße sind dennoch weitverbreitet. Raymond Lausberg von der Autobahnpolizei Lüttich kritisierte das Sozialdumping im internationalen Transportgewerbe, das zu unregulierten Arbeitsbedingungen und technischen Mängeln führt. Er forderte mehr grenzüberschreitende Kontrollen und eine Harmonisierung der Bußgelder, um faire Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Polizei sieht sich hier vor großen Herausforderungen: Grenzüberschreitende Verkehrsüberwachung erfordert internationale Kooperation und moderne Kommunikationsmittel. Gleichzeitig müssen Beamte im Umgang mit digitalen Kontrollsystemen geschult werden, um Verstöße effektiv erkennen und ahnden zu können.

Bedeutung der Ladungssicherung

Unsachgemäß gesicherte Ladung ist eine häufige Ursache schwerer Unfälle. Laut der Berufsgenossenschaft (BG) Verkehr weisen rund 20 Prozent der kontrollierten Fahrzeuge Mängel bei der Ladungssicherung auf. Rolf-Peter Eckhoff, als Coach ein Experte für Ladungssicherung, betonte, dass praktische Schulungen für Fahrer und Verloader entscheidend sind, das Unfallrisiko zu senken. Neue Technologien wie automatische Spannsysteme könnten ebenfalls einen Beitrag leisten.

Auch in diesem Bereich spielt die Polizei eine Schlüsselrolle. Regelmäßige Schwerpunktkontrollen decken Mängel auf und schaffen Bewusstsein für die Bedeutung korrekter Ladungssicherung. Dabei kommen spezielle Messtechniken und mobile Prüfteams zum Einsatz, die eine genaue Überprüfung auch unterwegs ermöglichen.

Mensch und Technik: Kooperative Systeme zur Unfallvermeidung

Fortschritte in der Fahrzeugtechnik haben zahlreiche Systeme hervorgebracht, die das Unfallrisiko verringern können. Spurhalteassistenten, Müdigkeitserkennung und Notbremsassistenten sind nur einige Beispiele. Dennoch warnt Rüdiger Wollgramm, Leitender Polizeidirektor a.D., vor der Gefahr der Ablenkung durch die Bedienung solcher Systeme. Fahrer müssten ausreichend geschult sein, um die Technik effektiv nutzen zu können.

Die Polizei setzt auf Prävention und Sensibilisierung, um den Umgang mit diesen Systemen zu verbessern. Kampagnen und Schulungen fördern das Verständnis für die Wechselwirkung zwischen Mensch und Technik; zugleich helfen sie, potenzielle Gefahren zu minimieren.

Eignungsprüfungen für Berufskraftfahrer

Der demografische Wandel erhöht das Durchschnittsalter von Berufskraftfahrern, was sich auf deren Leistungsfähigkeit auswirken kann. Prof. Dr. Dieter Müller von der Hochschule der Sächsischen Polizei sieht in regelmäßigen psychologischen Tests und Eignungsprüfungen eine Möglichkeit, die Fahreignung nachhaltig zu verbessern. Pilotprojekte der BG Verkehr haben gezeigt, dass solche Tests die Unfallzahlen senken können.

Polizeibehörden können hier durch gezielte Überwachungsmaßnahmen und Informationskampagnen unterstützen. Eine enge Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Berufsgenossenschaften würde es ermöglichen, präventive Maßnahmen flächendeckend umzusetzen.

Zusammenfassung und Forderungen

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit im Straßengüterverkehr erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der Technik, Regulierung und Ausbildung verbindet. Die zentralen Forderungen des Verkehrsexpertentags umfassen:

- ▶ Mehr Kontrollen und Personalressourcen für die Polizei
- ▶ Europaweite Harmonisierung von Bußgeldern
- ▶ Verbindliche Schulungen für Fahrer und Verloader
- ▶ Ausbau der Sicherheitsinfrastruktur und Rastplätze
- ▶ Flächendeckende Nachrüstung von Sicherheitssystemen

In diesem Prozess nimmt die Polizei eine Schlüsselrolle ein, indem sie gezielt überwacht, Präventionsmaßnahmen umsetzt und durch Aufklärung eine Sicherheitskultur fördert. Eine Priorisierung der Sicherheit vor wirtschaftlichen Interessen kann langfristig dazu beitragen, die Unfallzahlen zu reduzieren. Die VOD erhofft sich, dass der bundesweite Austausch des Expertentags als eine Grundlage dient, weiter gemeinsam an einer Zukunft zu arbeiten, in der Verkehrssicherheit keine Vision mehr ist, sondern Realität.

DP-Autor Peter Schlanstein



ist Lehrender an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Die Forschungsschwerpunkte des Ersten Polizeihauptkommissars sind die Verkehrsunfallprävention und der Opferschutz nach Verkehrsunfällen. In der Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e.V. (VOD) ist Schlanstein geschäftsführender Vorstand. Zudem ist er für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als Straßenverkehrsexperte im Einsatz.



Alle Vorträge des Deutschen Verkehrsexpertentags 2024 sind auf der VOD-Website/Aktuelles abrufbar.

Termine

Polizeitag Magdeburg



23. April 2025



Zeitgemäße Aufklärungsarbeit für die Polizeien

Dorint-Hotel, Herrenkrug 3,
39114 Magdeburg

Veranstalter: GdP und Behörden Spiegel

Die Gewalttaten auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt, in Aschaffenburg, München und Mannheim werfen erneut Fragen der Inneren Sicherheit auf. Auch wenn die Hintergründe recherchiert und aufgearbeitet werden, bleibt die Suche nach den Lösungen oder Maßnahmen, die derartige Taten verhindern können, drängende Aufgabe aller mit der Inneren Sicherheit betrauten Behörden und Verantwortlichkeiten. ■



Zu den Programmen der
Polizeitage

PERSONALRATSWAHLEN 2025

**GdP WÄHLEN!**

ES IST EURE MITBESTIMMUNG!

Wählen gehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Saarland und Sachsen-Anhalt,

im Mai stehen bei Euch Personalvertretungswahlen an. Für gute Mitbestimmung steht der grüne Stern. Und Eure Stimme zählt. Wählen gehen!

DP stellt Euch in der kommenden Ausgabe die Spitzenkandidaten der beiden GdP-Länder vor. ■



Gipfeltreffen

Redaktion

Zum zweiten Mitbestimmungsgipfel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) treffen sich rund 100 geladene Personalräte, Jugendauszubildendenvertreter, Schwerbehindertenvertreter sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Anfang April in Stuttgart. Unter dem Motto „Gemeinsam, gleichgestellt, vielfältig – Mitbestimmung nur mit uns.“ wird es unter anderem darum gehen, wie gute Mitbe-

stimmung die Demokratie in der Dienststelle fördern werden kann. Erörtert werden zudem die Stärkung von Tarifbeschäftigten, die Barrierefreiheit als „Mehrwert für alle“ sowie der Status und die Rolle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in der Mitbestimmungsarbeit. Ein wichtiger Punkt wird die Verbesserung des Dienstunfallschutzes bei Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) darstellen sowie die Prävention und der Schutz von Polizeibeschäftigten generell. Als Gäste und Teilnehmende werden Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl und Landespolizeipräsidentin, Dr. Stefanie Hinz, erwartet. ■

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 4 | 74. Jahrgang 2025
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 3,10 € zzgl. Versandkosten
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Leitender Redakteur
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

karadesign

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Dominik Lehmanns

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 48 vom 1. Januar 2025.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

180.448 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbekontakt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

Polizei

Studium

Praxis

Schriftenreihe

Eliane Etmüller, Isabel Lang

Islamismus

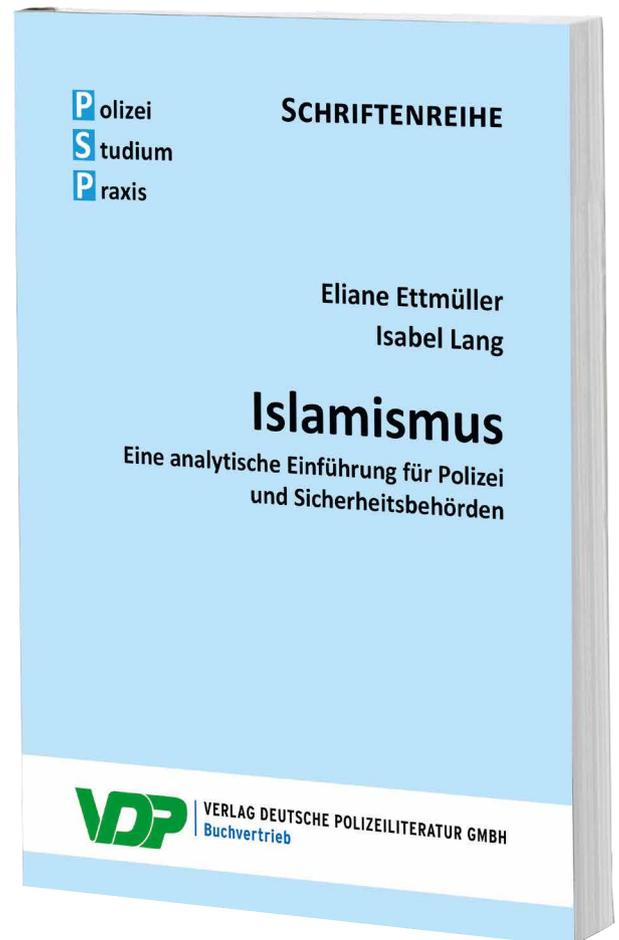
Eine analytische Einführung für Polizei und Sicherheitsbehörden

1. Auflage 2024

Umfang: 186 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 22,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0932-5

Dieses Buch bietet einen umfassenden Einblick in den Islamismus, angefangen bei der Definition bis hin zu aktuellen Herausforderungen für Sicherheitsbehörden. Es klärt über die Unterschiede zwischen Islam und Islamismus auf und beleuchtet dessen ideologische Vielfalt. Wesentliche Merkmale des Islamismus werden detailliert dargestellt. Die Autorinnen gehen zudem auf äußerliche Merkmale ein, die zur Stärkung der islamistischen Gruppenidentität beitragen, und analysieren Gründe für eine Radikalisierung von hauptsächlich jungen Menschen. Sie bieten einen historischen Überblick über den zeitgenössischen Islamismus und dessen Strömungen in Deutschland. Besonderes Augenmerk legen sie auf den Dschihadismus. Drängende aktuelle Phänomene, wie die Online-Aktivitäten von Islamisten und die Rückkehr von IS-Anhängern, werden thematisiert. Das Buch schließt mit Gegenmaßnahmen, Präventionsprogrammen und Handlungsempfehlungen, um die Bedrohung durch den Islamismus effektiv zu bekämpfen.



DIE AUTORINNEN

Dr. Eliane Etmüller ist Islam- und Politikwissenschaftlerin an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Sie berät seit 2018 die hessische Polizei.

Dr. Isabel Lang ist Islamwissenschaftlerin. Sie war von 2019 bis April 2023 für die hessische Polizei tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

TÄGLICHER BEGLEITER



NEU

Klemmbrett Box „The Clip“

Klemmbrett mit Metallklemme.
Aufbewahrungsfach zum Schutz vor
Nässe. Stiftehalter im Innenfach für ein
Schreibgerät, Clipverschluss (unten)
zum sicheren Verschließen der Box.
Polypropylen. 23 x 34 x 2 cm.

170600

☀ 9,95 € 14,95 €

NEU

Klemmbrett Mappe

Schreibmappe mit Metallklemme im
Hinterdeckel innen. Polypropylen.
24 x 32 x 1 cm.

170601

☀ 7,95 € 9,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 10 03 09 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 5,50 € Versandkosten!
Artikel werden ohne Inhalte und Kugelschreiber versendet.

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de